OFFENER BRIEF von Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, an die Gemeinde Mittenwald:

Stellen Sie das Denkmal unverändert wieder auf!

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Mittenwald,

Pfingsten 2009 konnte ich Sie anlässlich meines Besuchs in Mittenwald nicht kennen lernen. Sie waren nicht erschienen, als meine Freunde Maurice Cling und Max Tzwangue aus Frankreich und Enzo und Marcellode Negri aus Italien ein Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Mittenwald enthüllten, das an die Opfer der Massaker der in Mittenwald ansässigen Gebirgsjägertruppen und ihre Mittäterschaft bei Deportationen von Jüdinnen und Juden erinnern sollte.
Dieses Denkmal haben Sie entfernen lassen, kurz nachdem es in Anwesenheit von Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager feierlich und mit großen Hoffnungen und Wünschen aufgestellt wurde.
Das ist nicht nur ein Affront gegenüber uns, den Überlebenden und den Opfern von NS-Verbrechen, vor allem gegenüber der Gemeinde Cortona, die für das Denkmal Steine aus den Ruinen des italienischen Dorfes Falzano di Cortona gestiftet hat. Mit den Steinen sollte der 14 Dorfbewohner gedacht werden, die dort am 27. Juni 1944 von deutschen Gebirgstruppen ermordet wurden Der Bürgermeister der Gemeinde Cortona hat mit dieser großzügigen Geste die Bemühungen des AK Angreifbare Traditionspflege unterstützt, am Standort der 1. Gebirgsdivision, die für zahlreiche NS-Verbrechen in Italien, Griechenland und anderen europäischen Ländern verantwortlich ist, einen würdigen Erinnerungsort zu schaffen. Dieses Denkmal soll ein Anstoß für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht und ein wichtiger Beitrag für eine Kultur der Erinnerung im Land der Täter sein, in deren Mittelpunkt die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords stehen.
Ich fordere Sie auf, das zu Pfingsten errichtete Denkmal unverändert wieder aufzustellen. Bitte setzen Sie mich über Ihre Schritte in Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
Esther Bejarano
Vorsitzende
Auschwitz-Komitee
in der Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Hamburg, 28. Juli 2009

VVN-BdA-Reisegruppe beeindruckt von Gedenkarbeit im Nachbarland

Besuch der Gedenkstätten in Lidice und Theresienstadt

Viele Teilnehmer der diesjährigen Gedenkstättenfahrt der VVN-BdA nach Tschechien kannten Prag und die Gedenkstätten in Lidice und Theresienstadt von früheren Besuchen. Von besonderem Reiz war es deshalb, frühere und heutige Eindrücke zu vergleichen. Insgesamt kann von beträchtlichen Fortschritten im letzten Jahrzehnt gesprochen werden. Viele Stätten wurden nicht nur saniert, sondern es wurden auch neue historische Orte zugänglich gemacht. Die Erläuterungen mit Tafeln oder ähnlichen Elementen wurden deutlich verbessert, die Museen erweitert. Vor allem trafen wir überall auf freundliche sachkundige Museumsmitarbeiter und Gesprächspartner.

In Lidice wurde erst vor einigen Jahren ein völlig neues Museum eröffnet. Man orientiert sich hier zu Recht an solchen Besuchern, die keine oder kaum Vorkenntnisse haben. Es gelingt mit kurzen Filmen, Bildinstallationen, Tondokumenten und den wenigen erhalten gebliebenen Originalen ein schonungsloses Bild von der versuchten Totalausrottung des kleinen Ortes infolge des Attentats auf NS-Reichsprotektor Reinhard Heydrich 1942 zu vermitteln. Danach betritt man das Gelände, das einmal Lidice war und trifft dort auch auf das erschütternde Denkmal »Kinderopfer des Krieges«. Dieses Denkmal wurde ebenfalls erst vor kurzem vollendet, nachdem es jahrzehntelang nur als Modell existierte.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Prof. Felix Kollmer, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, bei der Führung in der Gedenkstätte Theresienstadt

Foto: Jörg Rückmann

Werbepostkarten mit sieben verschiedenen Motiven und -Flyer für die VVN-BdA und gegen die NPD haben die Freunde der VVN-BdA in Aachen herausgebracht. Hier ein Kartenbeispiel. Die Karten können angefordert werden bei vvn-bdanrw@freenet.de.

Erklärung des BundessprecherInnenkreises der VVN-BdA zum Antikriegstag

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg? Ohne uns!

70 Jahre nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen, mit dem das faschistische Deutschland den 2. Weltkrieg begann, haben deutsche Soldaten wieder einen Schießbefehl, »Taschenkarte« genannt, im Gepäck.

60 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, nach dem die Bundesrepublik Deutschland zunächst gar keine Armee haben sollte, und nach dem deutsche Soldaten bis heute nur zur Verteidigung eingesetzt werden dürfen, werden wieder »Tapferkeitsmedaillen« verliehen. Gerade erst wurden mit den »Kriegsverrätern« die letzten Opfer der Wehrmachtsjustiz rehabilitiert, und mit Scheungraber einer von 25 in Italien verurteilten deutschen Kriegsverbrechern endlich auch in der Bundesrepublik verurteilt, da stehen deutsche Soldaten schon wieder im Krieg.

Auch wenn es gelegentlich behauptet wird: Bei den neuen Kriegen geht es nicht um »eine neue Welt der Friedens und der Freiheit«, wie sie die Überlebenden, die Widerstandskämpfer, die Deportierten und Internierten 1945 wollten. Es geht allein um Rohstoffreserven und die Durchsetzung von Machtinteressen. Das Selbstbestimmungsrecht von Völkern wird dabei missachtet.

Auch an diesem 1. September werden Gewerkschaften und Friedensgruppen zum Antikriegstag gegen die heutigen Kriegseinsätze der Bundeswehr protestieren und entschiedenes Engagement auch der deutschen Politik für politische Konfliktlösung und zivile Konfliktbearbeitung einfordern.

Am 5. September wollen Neofaschisten aus ganz Europa durch Dortmund marschieren und versuchen, den Antikriegstag für sich zu vereinnahmen. Dagegen wehrt sich ein breites antifaschistisches Bündnis, denn: Sie rufen »Nie wieder Krieg« und fügen hinzu »nach unserem Sieg«. Sie stellen noch immer die Grenze nach Polen in Frage. Sie verbreiten ihre braune Hetze bei der Bundeswehr, sie unterwandern die Reservistenverbände.

Die VVN-BdA unterstützt mit ihren Mitgliedern und Untergliederungen die Demonstrationen der Friedensbewegung zum Antikriegstag am 1. September und sie unterstützt die Dortmunder Antifaschisten, die sich dem Gespensterzug am 5. September dort entgegenstellen.

Es gilt, die eindeutige Lehre aus dem verbrecherischen Krieg Nazi-Deutschlands in unserer Gesellschaft wach zu halten:

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

© VVN/BdA NRW

Parlamentarier will Strafverfahren gegen Gebirgsjäger

SP-Politiker Johann Maier: Namen der Beteiligten sind bekannt

Auf Veröffentlichungen der deutschen VVN-BdA (HYPERLINK »http://www. nrw.vvn-bda.de« www.nrw.vvn-bda.de) und des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege (HYPERLINK »http://www.keine-ruhe.org/« http://www.keine-ruhe. org/) gestützt, hat der österreichische sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Johann Maier eine Initiative zur Strafverfolgung österreichischer Staatsbürger gestartet, die im Zweiten Weltkrieg an deutschen Kriegsverbrechen auf dem Balkan teilgenommen haben.

Der Nationalratsabgeordnete Johann Maier (SPÖ) hat die Forderung erhoben, gegen die Gebirgsjäger, die im Zweiten Weltkrieg Kriegsverbrechen verübt haben, in Österreich gerichtlich vorzugehen. »Nachdem die Namen der an Kriegsverbrechen beteiligten Gebirgsjäger bekannt sind, liegt es an der österreichischen Justiz, gegen die noch lebenden Gebirgsjäger in Österreich vorzugehen«, betonte der Politiker am Sonntag in einer Parteiaussendung. Während der Okkupation Griechenlands durch die deutsche Wehrmacht von April 1941 bis September 1944 wurden mehr als 300.000 Griechen getötet, viele von ihnen bei sogenannten Vergeltungsaktionen der Besatzungstruppen gegen Partisanen.

»Gebirgsjäger der 1. Gebirgsdivision waren ab 1943 im ehemaligen Jugoslawien (Montenegro, Serbien), in Albanien und in Griechenland an zahlreichen Massakern an Zivilisten, an Geiselerschießungen und der Ermordung von Kriegsgefangenen beteiligt«, so Maier, der einige der schlimmsten Massaker anführte. »In Deutschland wurde letzte Woche ein ehemaliger Leutnant der Gebirgspioniere von einem Schwurgericht wegen mehrfachen Mordes an Italienern im Jahr 1944 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt. Mord verjährt nie, auch nicht in Österreich«, unterstrich der sozialdemokratische Parlamentarier.

Zahlreiche Kriegsverbrechen der Wehrmacht seien bis heute ungesühnt. Im besetzten Griechenland »wüteten und mordeten die Gebirgsjäger (Leichte Infanterie der Gebirgstruppe, Anm.), insbesondere die Erste Gebirgsdivision, der viele Österreicher angehörten. Heute jährt sich das Massaker in Kommeno (Komeno, Dorf in Nordwestgriechenland, Anm.) zum 66. Mal. Gebirgsjäger der 12. Kompanie der Ersten Gebirgsdivision haben in Kommeno 317 Männer, Frauen und Kinder hingemetzelt«, erinnert Maier an die Verbrechen vom 16. August 1943.

Der Abgeordnete erwähnte auch Kefalonia (ca. 5.000 ermordete italienische Kriegsgefangene), Korfu (ca. 700 Kriegsgefangene), Lyngiades (80 Menschen), Skines (146 Männer und 2 Frauen), Lamerivio (98 Männer und Frauen), Paramythia (49 Männer und Frauen), Mousiotitsa (153 Männer, Frauen und Kinder). Im nordwestlichen Epirusgebiet hätten die Gebirgsjäger außerdem die geheime Feldpolizei bei der Deportation der griechischen Juden aus Ioannina unterstützt.

»Am 1. September 2009 jährt sich zum siebzigsten Mal der Beginn des grauenhaften Zweiten Weltkrieges: Millionen Tote unter den Soldaten und unschuldigen Zivilisten sowie Millionen Tote, die dem verbrecherischem Regime zum Opfer gefallen sind und ermordet wurden«, so der Nationalratsabgeordnete.

Der Zweite Weltkrieg kostete vom deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 bis zur Kapitulation Japans am 2. September 1945 weltweit über 50 Millionen Menschen das Leben.

Aus: Austria Presse Agentur vom 16. 8. 2009 betreffend »Kriegsverbrechen in Griechenland«

Besuch der Gedenkstätten in Lidice und Theresienstadt

(Fortsetzung von Seite 1)

Möglich wurde all dieses durch ein Umdenken der tschechischen Regierung, die in den 90ern die kleine Kommune Lidice mit ihrem historischen Erbe allein gelassen hatte, und auch durch zahlreiche internationale Spenden. Staatliche Gelder aus Deutschland gab es nicht.

In der Gedenkstätte Theresienstadt besuchten wir das herausragende Museum, in dem zahlreiche von den Ghettoinsassen heimlich erstellte Kunstwerke ausgestellt sind.

Wir besichtigten das Krematorium, wo wir wieder die Öfen der deutschen Firma Topf & Söhne vorfanden. Wir konnten außerdem die frühere Leichenhalle besichtigen. Selbst Prof. Felix Kollmer, der uns die ganze Zeit mit sprühender Intelligenz und Warmherzigkeit begleitete und der der letzte lebende Zeitzeuge beider Theresienstädter Lager ist, war hier noch nicht oft gewesen. Felix zeigte uns nicht nur die Städten des Terrors, sondern auch die schönen Seiten Prags, insbesondere das alte jüdische Viertel. In den Museen und Synagogen wird u.a. auch der bisweilen beschämende Umgang der sozialistischen Regierung mit »dem Jüdischen« thematisiert. So wurde seinerzeit eine Synagoge, die im Inneren mit den Namen aller ermordeten tschechischen Juden beschrieben ist, geschlossen, um »den Zionismus nicht zu fördern«. Trotzdem schlägt sich in allen bisher genannten Museen und Gedenkorten die Totalitarismusdoktrin nicht nieder. Dieses Geschäft wird dafür im »Kommunismusmuseum« und mittels verschiedener Gedenkplatten erledigt, die tatsächlich umstandslos von den »Opfern von Nazismus und Kommunismus« sprechen.

Die zwanzigköpfige Reisegruppe aus Mitgliedern der VVN-BdA und anderen Interessierten nahm zahlreiche intensive Eindrücke mit und bedankte sich insbesondere bei Prof. Kollmer für die geduldige Beantwortung vieler Fragen bei brütender Hitze. **Thomas Willms**

Celler Trialog wirbt für Bundeswehreinsätze im Innern

Bosse und Generäle in unheiliger Allianz gegen die Demokratie

Seit 2007 findet im niedersächsischen Celle einmal im Jahr unter Ausschluss der Öffentlichkeit der »Celler Trialog« statt. Im ersten Jahr 2007 wurden über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer geladen, 2008 waren es bereits rund 120 einflussreiche Gäste aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr.

Dieses »Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik« wird bereits als »nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz« (SiKo) in München gehandelt. Initiiert wurde das Treffen vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, und dem Bundesministerium der Verteidigung. Genau wie die SiKo steht der Celler Trialog für Krieg, Ausbeutung, Aufrüstung und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

In diesem Jahr fand er vom 8. bis 10. Juli in der Celler Congress Union statt, erwartet wurden Kriegsminister Jung, Innenminister Schäuble und der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sowie hochrangige Militärs. Sie diskutierten zum wiederholten Male darüber, wie die Bundeswehr künftig besser unterstützt werden soll und wie die Akzeptanz der Bevölkerung für Kriegseinsätze gesteigert werden kann. Die so genannte »zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ)« soll ebenso gefördert werden wie die weitere Verzahnung von Bundeswehr und deutschen Unternehmen. Von dieser Kooperation profitiert besonders die u.a. in Unterlüß ansässige Firma Rheinmetall, die soeben einen millionenschweren Großauftrag zur Produktion von Kriegsgerät bekommen hat, mit dem die Bundeswehr weiter aufgerüstet wird.



Antifaschisten protestieren in Celle gegen Bundeswehreinsätze im Innern.

Was wurde unternommen?

In Celle hat sich ein Bündnis gegen den Celler Trialog gebildet. Darin vertreten sind neben der VVN-BdA Celle und Niedersachsen über 20 weitere Initiativen und Organisationen nicht nur aus Celle und der unmittelbaren Umgebung. Als Aktivitäten besonders zu erwähnen sind eine Gegendemonstration am 4. Juli in Celle, an der ca. 150 bis 200 Personen teilnahmen, ein Filmabend und eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Partei DIE LINKE, der Gruppe »Bundeswehr wegtreten«, ATTAC, dem Unabhängigen Jugendzentrum »Kornstraße« und des Friedensbüros Hannover.

Münchner SiKo nun auch in Celle

Was ist nun eigentlich so gefährlich an solchen Veranstaltungen, wie Celler Trialog oder der Sicherheitskonferenz (SiKo) in München?

Hier planen Männer Kriege. Es sind überwiegend Männer, Frauen sind eher schmückendes Beiwerk, mit ihren Männerfantasien von Kriegen für die weltweite Sicherung der Rohstoffe und der Wege dorthin. Sie planen Kriege, die sie aber nicht so nennen. Sie sprechen eher von Einsätzen und Aktionen. Kriegsminister Jung sagt, das seien keine Kriege, die sie führen, aber die Toten, die von dort wiederkommen sind dann doch plötzlich Gefallene, es gibt wieder Orden, und »tote Helden« sollen wieder an Ehrenmälern geehrt werden.


Fotos: privat

Aber ihre Kriege sind nicht populär. Zwei Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung sind gegen den Krieg in Afghanistan. Sie haben große Nachwuchssorgen, deshalb will man vor allem in Schulen noch mehr für die Bundeswehr werben. Fast die Hälfte der Mannschaftsdienstgrade kommt aus den neuen Bundesländern, sie finden sonst keine Arbeit und diese Not wird ausgenutzt. Dazu passt eine Umfrage unter Rekruten, dass über 60 Prozent sich nur wegen der finanziellen Angebote verpflichtet haben.

Ein weiterer Punkt ist die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Das beginnt bei der Zivil–Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ), die beinhaltet, dass in allen Kreisen und Städten der Bundesrepublik militärische Kommandostrukturen eingerichtet sind, unter Führung »erfahrener« Reserveoffiziere. Das geht über den verfassungswidrigen Einsatz bei »Großereignissen« wie G8-Gipfel in Heiligendamm 2008 bis hin zum Nato–Jubiläum dieses Jahr in Straßburg und Baden–Baden. Aber auch das Fernsehen ist voll vom militär- und kriegsverherrlichenden Serien und Sendungen. So dass die Bundeswehr-Bigband wiederholt bei Stefan Raab auftritt oder die amerikanische Wehrtechnik gepriesen wird, mit welcher Präzision sie arbeiten kann. Panzereinheiten, Kriseninterventionskräfte (KSK) [das Kommando Spezialkräfte, um das es still geworden ist] und AWACS–Aufklärungsflugzeuge – das sind keine Sozialarbeiter und Lehrer, die den Afghanen den Frieden bringen werden, sondern das sind Soldaten, die gegen dieses Land einen Krieg führen.

Klaus Meier

Nazis wollen in Wolfsburg ein »KdF-Museum« einrichten

Nicht durch den kostspieligen sog. Verfassungsschutz, sondern Dank des aufmerksamen Durchforstens der Naziseiten einer unermüdlichen antifaschistischen Journalistin wurden die Pläne von NPD-Vize Jürgen Rieger und seinen Anhängern publik. Eine Woche verblieb zur Mobilisierung dagegen.

Es ist eine doppelte Provokation, dass NPD-Rieger direkt neben dem Gewerkschaftshaus und gegenüber dem VW-Werk in Wolfsburg eine Immobilie erwerben will. Nicht auszuschließen ist auch, dass Rieger in Absprache mit der Eigentümerin nach altem Muster den Preis in die Höhe treiben will. Tatsache ist bis jetzt: Am 4. Juli 2009 befanden sich Rieger, Thomas Wulff und schätzungsweise 100 Neonazis im Gebäude des Möbelhauses Alsdorff und gründeten einen »Museumsverein«; sie hängten ein provisorisches Banner aus den Fenstern und fotografierten eifrig die etwa 200 Gegendemonstranten auf der von der VVN/BdA angemeldeten und maßgeblich gestalteten Kundgebung neben dem Möbelhaus.

Doch beim Heraushängen der Nazi-Parole blieb es nicht; die Nazis zeigten auch ihr wahres Gesicht: in der Innenstadt pöbeln sie einen Afrikaner an, 29 Neonazis greifen gemeinsam einen Journalisten an, sie belauern in den folgenden Tagen ein Mitglied der Wolfsburger Stadtverwaltung, das daraufhin Personenschutz erhält.

14 Tage später hat in dem Gebäude eine Nazi-Party statt gefunden.

Eine Besonderheit muss erwähnt werden: Trotz Ferienzeit hatte es die Verwaltung ermöglicht, innerhalb der notwendigen Einladungsfrist noch für Samstag, 4. Juli eine Sondersitzung des Stadtrats zusammen zu rufen, auf der zeitgleich zur Kundgebung der VVN und zum öffentlichen Zurschaustellen des NPD-Banners durch Rieger und Konsorten eine bemerkenswerte, einstimmig angenommene Resolution gegen Rechts verabschiedet wurde. Das ist wohl ziemlich einmalig.

Nun hoffen wir auf massive Verstärkung der Gegenwehr durch die IG Metall, die das breite Bündnis »Schulterschluss Wolfsburger Demokraten« wieder aktiviert. **Mechthild Hartung**



Die Stadt der Volkswagen wehrt sich gegen Geschichtsfälscher.



Neonazis greifen in Wolfsburg einen Journalisten an. Fotos: privat

Das KdF-Verbrechen



Im Mai und Herbst 1944 forderte das Volkswagenwerk in Auschwitz gerade noch arbeitsfähige Menschen zur Zwangsarbeit in der »Stadt des KdF-Wagens« an, wie Hans Mommsen und Manfred Grieger in ihrer Geschichte über das Volkswagenwerk schreiben. Porsches Unterschrift ist dokumentiert. Der Name KdF (Kraft durch Freude) ist mit unzähligen Verbrechen verbunden. **M. H.**

Redaktion: Stefan Hölzer

Artikel und Fotos für die niersächsische antifa-Länderseite bitte immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstraße 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, Fax: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Das Büro ist in der Regel montags bis freitags von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke! Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Auf den Spuren der Moorsoldaten – Gedenkstättenfahrt nach Papenburg

Natürlich kennen die Antifaschistinnen und Antifaschisten zumeist das Lied der Moorsoldaten. Von vielen wird es oft zu würdigen Anlässen gesungen. Viele wissen auch, dass dieses Lied im Konzentrationslager Börgermoor im Emsland entstanden ist. Um etwas mehr über die Geschichte der Emslandlager zu erfahren, beschloss die Landesvereinigung der VVN–BdA Niedersachsen sie zu besuchen. Es gab 15 Lager im Emsland und alle waren verschieden und hatten während der Zeit des Faschismus in Deutschland in den verschiedenen Phasen unterschiedliche Funktionen. Nur einige waren KZs, viele waren Strafgefangenenlager und später Kriegsgefangenenlager.

Im Sommer 1933 werden die Konzentrationslager Börgermoor und Esterwegen als Doppellager und das Lager Neusustrum zur Ausschaltung von tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern des NS Regimes eingerichtet. Hier sind zunächst bis zu 4.000 überwiegend politische »Schutzhäftlinge« inhaftiert, u.a. Carl von Ossietzky, August Baumgarte und Wolfgang Langhoff. Und hier entstand auch das »Lied der Moorsoldaten«. In symbolhaften Bildern schildert dieses Lied den freudlosen Lageralltag der Gefangenen und bringt ihre Hoffnung, aber auch ihren Widerspruchsgeist zum Ausdruck. Bei unserem Besuch bekamen wir im Dokumentations- und Informationszentrum, dem DIZ, die nötigen Informationen, danach besuchten wir den Friedhof in Esterwegen, auf dem wir stellvertretend für alle geschundenen und ermordeten Häftlinge in den Emslandlagern am Stein von Carl von Ossietzky eine kleine Gedenkfeier begingen und ein Gesteck niederlegten. Dabei durfte natürlich das Moorsoldatenlied nicht fehlen. Zum Abschluss unserer Fahrt führte uns Kurt Buck, der Leiter der Gedenkstätten der Emslandlager, noch durch Esterwegen. Hier soll in den nächsten zwei Jahren, teilweise in alten Gebäuden, die auf dem Gelände stehen, eine neue Gedenkstätte entstehen. Auf dem Außengelände werden Spuren des KZ Esterwegen zu sehen sein, die wie z.B. die Fundamente der ehemaligen Küche, freigelegt werden. **Klaus Meier**

Erinnerung an den Widerstand an der Bille

Neuer Glanz auf altem Stein

»In Deutschland darf sich nie wieder Gewaltherrschaft entwickeln,« mahnte am 8. Mai 1990 unser Kamerad Erhard Dressel. Seine Rede galt der Einweihung eines Gedenksteins zur Erinnerung an die ermordeten Widerstandskämpfer aus Hamburg-Billstedt, -Horn und -Billbrook. Die Geschichtsgruppe Sonnenland aus Billstedt hatte nach langem Bemühen erreicht, dass Frauen und Männer dieser Stadtregion, die ihr Leben im Kampf gegen die Nazis gegeben hatten, durch dieses Denkmal geehrt wurden.

Vor einigen Monaten hatten Unbekannte die Bronzetafel des Steins gestohlen. Am 20. Juli 2009 konnte der VVN-Kreis Hamburg-Mitte die neue Platte gemeinsam mit Reinhard Krogmann, dem Regionalbeauftragten des Ortsamtes Billstedt, einweihen. In seiner Ansprache erinnerte Reinhard Krogmann, dem für die schnelle Beschaffung der neuen Tafel aus schwarzem Marmor Dank gebührt, an die Opfer des Nationalsozialismus und mahnte, es nie wieder so weit kommen zu lassen. Damit der Gedenkstein auch zukünftig allen Passanten auffällt, versprach Herr Krogmann, sich um die Pflege des Platzes rund um den Gedenkstein zu kümmern.

Cornelia Kerth (VVN-BdA) wies in ihrer Ansprache auf die vor der Bundestagswahl zunehmende Präsenz der NPD im Stadtbild und ihre unsägliche Propaganda hin. »Wir meinen: die Geschichte lehrt uns, dass wir sie nicht gewähren lassen dürfen! Die Menschen, an die diese Platte erinnert, haben sich dieser menschenfeindlichen Ideologie und ihrem Terrorapparat entgegen gestellt. Dafür mussten sie ihr Leben riskieren. Wir haben heute viele Möglichkeiten, den Braunen ohne Gefahr für Leib und Leben, nur mit ein wenig Zeit und Engagement, die Rote Karte zu zeigen. Wir tun das, indem wir immer wieder darauf hinweisen, dass es bei Nazi-Propaganda nicht um eine ›unliebsame Meinung‹ handelt, sondern um die Begleitmusik zum größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.«

Erhard Dressel hätte diese Neueinweihung sicherlich gefallen. Leider ist er viel zu früh verstorben. An sein Wirken als Sozialarbeiter im Stadtteil Sonnenland erinnert heute ein Straßenschild. Seine Ideen für eine bessere und gerechtere Welt lebt weiter in der Arbeit des Stadteilprojektes Sonnenland. **Christiane Chodinski**

Würdigung für Kurt Oldenburg

Stolperstein für Hamburger Deserteur

Vor dem früheren Wohnhaus von Kurt Oldenburg in der Walddörferstraße 357 wurde kürzlich ein von Dr. Detlef Garbe gestifteter und vom Kölner Künstler Gunter Demnig verlegter »Stolperstein« eingeweiht.

Der am 19. Februar 1922 geborene Kurt Oldenburg wurde am 30. Juni 1942 in Bordeaux vom Feldkriegsgericht des Marinebefehlshabers Westfrankreich wegen gemeinschaftlich gegangener Fahnenflucht zusammen mit seinem Freund Ludwig Baumann zum Tode verurteilt. Die beiden jungen Hamburger Soldaten, die dem Besatzungsregime nicht weiter dienen wollten und von der Freiheit schwärmten, standen vor ihrer Flucht in Verbindung mit französischen Widerstandskämpfern.

Nach mehrmonatiger Haft in der Todeszelle wurden Kurt Oldenburg und Ludwig Baumann begnadigt. Kurt Oldenburg kam anschließend in ein Bewährungsbataillon, in dem kriegsgerichtlich abgeurteilte Soldaten unter unmenschlichen Bedingungen in der vordersten Frontlinie, bei Schanzarbeiten oder beim Minenräumen eingesetzt wurden. Noch keine 23 Jahre alt kam er dabei Anfang 1945 um, die genauen Umstände seines Todes sind unbekannt.

Nach kurzen Ansprachen von Dr. Detlef Garbe und Peter Hess erinnerte Ludwig Baumann, der uns wohl bekannte Gründer und Vorsitzende der Bundesvereinigung »Opfer der NS-Militärjustiz«, in bewegenden Worten an seinen Freund und Leidensgefährten.

Gedenktafel eingeweiht

Erinnerung an das Zwangsarbeiterlager Lederstraße

Es war ein langer Weg: Die 2006 begonnene Initiative der VVN-Kameradin Anke Schulz und der VVN-BdA Hamburg-Eidelstedt für eine Gedenktafel an eines der größten Hamburger Zwangsarbeiterlager in der Lederstraße führt nach jahrelangen Verhandlungen mit den Behörden endlich zum Erfolg. Nach zähem Ringen um die Trägerschaft (das Bezirksamt wollte die »Gefährdungshaftung« nicht übernehmen), wurde die Tafel nun in das blaue Tafelprogramm des Hamburger Senats (Erinnerung an Orte nationalsozialistischer Verfolgung) aufgenommen. Leider konnte dadurch die individuelle Tafelgestaltung, für die Stefan Lasch-Abendroth bereits seine Zusage erteilt hatte, nicht realisiert werden.

Im Verlauf der Verhandlungen kam es dann leider noch zum Bruch des zunächst breiten politischen Bündnisses mit Regionalpolitikerinnen und -politikern und der VVN-BdA. Zur Vorbereitung einer gemeinsamen Einweihungsfeier wurde die VVN-BdA wieder ausgeladen. Grund: Die mangelnde Bereitschaft der Vertreterinnen und Vertreter der Grün-Alternativen GAL und der SPD zur Zusammenarbeit mit der VVN-BdA, weil nur Anke Schulz als »Einzelperson«, die sie nie sein wollte, Initiatorin der Tafel sei und unser Beitrag – mehrere gut besuchte Veranstaltungen zum Thema, Briefe und Stellungnahmen – nicht erwähnenswert sei, wir das aber trotzdem so darstellen!

Schade, dass DIE LINKE dem nichts entgegen zu setzten wusste, sondern einer ihrer Bezirksabgeordneten die Botenrolle bei unserer Ausladung übernahm.

Wir werden die Opfer der Zwangsarbeit im Hamburger Westen bei der Tafeleinweihung und zu späterer Zeit mit einer würdigen Veranstaltung ehren.

AS/Gruppe Eidelsted

Teilnehmer am Warschauer Aufstand geehrt

Gedenken an polnische Opfer

Schon lange steht auf dem Harburger Neuen Friedhof ein Gedenkstein für 17 polnische Soldaten der »Armia Krajowa« (Heimatarmee), die in Hamburg-Wilhelmsburg bei einem Bombenangriff ums Leben kamen. Ihr Schicksal war bisher unbekannt, vor allem wusste man nicht, warum und auf welchen Wegen sie von Warschau nach Wilhelmsburg gelangten. Zwei Schüler der Gesamtschule Harburg haben nachgeforscht und sind zu diesem Zweck auch nach Warschau gereist. Das Ergebnis steht neben dem Gedenkstein auf einer Tafel, die am 1. August, dem 65. Jahrestag des Warschauer Aufstands 1944, feierlich im Beisein des polnischen Generalkonsuls enthüllt wurde

Feiern, an denen Polen mitwirken, verlaufen anders, als wir es gewohnt sind. Es begann mit dem gemeinsamen deutsch-polnischen Gebet »Vater unser – Ojcze nasz«. Von einer Traditionsfahne der Heimatarmee grüßte die Schwarze Madonna von Tschenstochau, die schon zu sozialistischer Zeit als heimliche »królowa Polski« (Königin Polens) galt.

Auf einer anderen Fahne wurde die Jungfrau Maria aufgefordert, für uns zu beten. Das muss sie wohl auch getan haben, denn an der sehr versteckten Ecke am Hintereingang des Neuen Friedhofs waren recht viele Leute erschienen. Bei den Ansprachen spielte natürlich auch die umstrittene Rolle der Sowjetarmee eine Rolle, die schon das rechte Weichselufer erreicht hatte, aber nicht in die Kämpfe eingriff.

Nach dem gescheiterten Aufstand wurden die überlebenden Kämpfer nach Deutschland abtransportiert. Die Soldatinnen kamen ins Emslandlager Oberlangen, die Soldaten in Kriegsgefangenenlager. Diese 17 Polen wurden ins Lager Sandbostel bei Bremervörde verfrachtet. Dort wurden sie in Arbeitskommandos gesteckt, die in ganz Norddeutschland Zwangsarbeit leisten mussten. Im März 1945 waren sie in einem Kommando in Wilhelmsburg beim Trümmerräumen. Bei Luftangriffen durften Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in der Regel nicht in den Bunker, »slawische Untermenschen« schon gar nicht. Das wurde den Polen zum Verhängnis. Nur wenige Wochen vor der Befreiung vom Faschismus, am 22. März 1945, wurden sie bei einem Bombenangriff getötet.

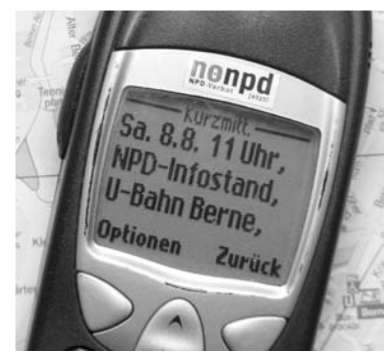
Hans-Joachim Meyer

Im Vorfeld der Bundestagswahl

Nazipropaganda im Müll versenkt







Das Handlungskonzept des Bündnisses gegen Rechts zur Bundestagswahl lautet: Behälter für »Nazimüll« bereit halten und in breitem Bündnis anwenden. Ein Sprecher: »Wir haben 200 braune Müllsäcke mit dem Logo 'Nazipropaganda in den Müll' produziert. Im Vorfeld haben wir in verschiedenen Stadtteilen Einrichtungen, Geschäfte und Vereine angesprochen. Zwanzig Verteilstellen halten unsere Aktionstüte inzwischen vorrätig.« Ziel der Kampagne sei, die Unterstützung vor Ort zu organisieren und so den Protest auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen.

Wichtig sind die Ankündigung und Verbreitung mittels eines öffentlichen SMS-Verteilers. Zum Beispiel zum Mitmachen per SMS: Sende ‚Go Braunersack' (exakte Schreibweise mit 1x Leerstelle) an die Nummer 84343. Es folgt die Bestätigung: »Test Brauner Sack zurück.« So erreichen die Infos über Ort und Zeitpunkt der Naziständе unmittelbar und schnell alle, die im Verteiler eingetragen sind.

Gleich am ersten August hatte die NPD einen Infotisch in Neuwiedenthal angemeldet. Dem Hamburger Sommerloch trotzten 30 Menschen und ab 9.00 Uhr wurden bereits die Anwohnerinnen und Anwohner mit Flugblättern über den bevorstehenden Nazistand in ihrem Stadtteil informiert. Die NPD traute sich erst nach einer halben Stunde Beobachtungszeit und unter massivem Polizeiaufgebot (Hundestaffel inklusive) ihren Stand aufzubauen. Später bekam der ein oder andere Passant das Infomaterial der Nazis in die Hand, das überwiegend in den bereitgestellten »Müllsäcken« landete.

Am 15. August kam es in Barmbek und Wandsbek in Folge der Proteste zu einem ernsten Zwischenfall: NPD-Wahlkämpfer griffen in der Fuhlsbüttler Straße zwei Frauen an. Vor vielen Zeugen schlugen jeweils fünf bis zehn der 20 Neonazis auf die beiden Frauen ein. Eine der Frauen, die nicht zu den von der Polizei abgedrängten Antifaschisten gehörte, sondern zufällig vorbei kamen, erlitt eine Gehirnerschütterung und Prellungen.

Bei einem der Täter handelt es sich um den einschlägig bekannten Nazischläger Detlev Brüel (49), der in letzter Zeit regelmäßig an NPD-Infoständen und Aufmärschen teilnimmt. 1981/82 begann seine »Karriere« bei einer »Wehrsportgruppe Blankenese«.

Anschließend ging er zur inzwischen verbotenen ANS/NA von Michael Kühnen und war in den 90ern Funktionär der ebenfalls verbotenen FAP. Brüel saß fünf Jahre wegen versuchten Mordes in Haft. Außerdem ist er mehrfach vorbestraft, u. a. wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher und gemeingefährlicher Körperverletzung, wegen Widerstandes gegen Beamte und wegen Verstoßes gegen das Uniformverbot.

Auf die Prügelorgie folgte der übliche Skandal: Die Nazis wurden auf Staatskosten mit einem HVV-Bus zu ihrem zweiten Infotisch nach Wandsbek kutschiert. Der erste Busfahrer verweigerte übrigens die »Sonderfahrt« aus Sicherheitsgründen. Wir fragen: »Wie ist es nach zwei heftigen körperlichen Attacken auf Antifaschistinnen und Antifaschisten und zwei Festnahmen von Faschisten überhaupt möglich, dass diese in einen bereitgestellten Bus steigen, damit die gleichen Personen an anderer Stelle erneut einen Infostand aufbauen können? Jede andere politische Gruppierung hätte sich ein generelles Verbot für ein weiteres öffentliches Auftreten eingehandelt.«

Die begleitenden Proteste und die positiven Reaktionen selbst älterer Passantinnen und Passanten zeigen, dass die Aktionen mit dem »Braunen Sack« die Aura der Einschüchterung untergraben, mit der Nazis sich gern umgeben, und dass sich deutlich mehr Menschen wagen Protest zu äußern. Das führt andererseits bei den Nazis zu Verunsicherung, macht sie nervös, gewalttätig und unberechenbar. Schließlich zeigt der Übergriff, wie schnell die bürgerliche und »bürgernahe« Fassade bröckelt.

Wolfram Siede

Weitere Informationen & Kontakt unter:
www.keine-stimme-den-nazis.org

TERMINE

ZUR ERINNERUNG:

Exkursion nach Bergen-Belsen

Für die Fahrt nach Bergen-Belsen **Sonntag, 20. September**, sind noch Plätze frei. Treffpunkt ist um 10.30 Uhr am Hamburger ZOB und um 11 Uhr in der Harburger Knoopstraße vor dem Helms-Museum. Die Führung beginnt um 14 Uhr.
Kosten: 20 Euro, für Arbeitslose, Schülerinnen / Schüler und Auszubildende 10 Euro.
Anmeldung bis zum 10. September (mit Namen und Adresse) bei der VVN-BdA Hamburg, Tel. 040 314254, E-mail: hjm-harburg@t-online.de.

ACHTUNG!
GEÄNDERTE UHRZEIT:

Sonntag, 13. September,
9 Uhr,
Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer
»Menschen, seid wachsam – wir hatten Euch lieb«
Blumenniederlegung zum Internationalen Gedenktag an die Opfer von Faschismus und Krieg
Ansprache: Ilse Jacob
Musik: Gruppe Rotdorn

Sonntag, 13. September,
17 Uhr,
Kino Metropolis im Savoy:
»Grenzstraße«
Film von Aleksander Ford, Polen 1947, 110 min.

Mittwoch, 23. September,
15 Uhr,
S-Bahnhof Stellingen
Einweihung der Gedenktafel an das Zwangsarbeiterlager Lederstraße

Sonntag, 11. Oktober,
17 Uhr,
Kino Metropolis im Savoy:
»Wir Wunderkinder«
Kurt Hoffmann, D 1958, 102 min.

Montag, 9. November,
15.30 Uhr
Carlebach-Platz:
»Nichts und niemand ist vergessen«
Mahnwache zum Jahrestag des Novemberpogroms von 1938
Es sprechen: Esther Bauer, Vertreter der Jüdischen Gemeinde und der Universität Hamburg
Moderation: Cornelia Kerth

Redaktion: Cornelia Kerth



Protest von ganz oben: Flugzeug-Transparent gegen den Neonazi-»Frankentag« am 4. Juli im oberfränkischen Geschwand. Foto: privat

»Auch ein Bündnis in sich«

Mitgliederversammlung zu Geschichte und Gegenwart der VVN-BdA

Es war von vornherein klar, dass das Schwerpunktthema der Landesmitgliederversammlung der VVN-BdA Bayern am 4. Juli im Bürgerzentrum Villa Leon in Nürnberg nur angerissen werden und Einstieg sein konnte für Diskussionen, die uns in den nächsten Monaten und Jahren weiter beschäftigen werden: »Die VVN-BdA in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Geschichte, Entwicklung, Gegenwart und Zukunft einer nach 1945 von Verfolgten des Naziregimes gegründeten Organisation.«.

Trotz zahlreicher »Konkurrenzveranstaltungen« – am gewichtigsten die Proteste gegen den am gleichen Tag in Oberfranken stattfindenden neofaschistischen »Frankentag«, gegen den eine Resolution verabschiedet wurde – war die Resonanz zufriedenstellend. Aus allen Teilen Bayerns waren Mitglieder, Freundinnen und Freunde zu der Versammlung gekommen.

Dr. Hans Coppi, Vorsitzender der VVN-BdA Berlin und Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, führte mit Ausschnitten aus alten Kino-Wochenschauen und einem inhaltsreichen Referat in die Geschichte der VVN ein, berichtete über den antifaschistischen Konsens und die Einigkeit über politische und weltanschauliche Grenzen hinweg, die anfangs bestand und über spätere Kontroversen und Spaltungen vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Politik.

Ausführlich betrachtet wurden die Entwicklungswege der VVN nach 1949 in der DDR (wo sie, weil angeblich überflüssig, bald aufgelöst und durch andere Organisationen ersetzt wurde) und der BRD (wo sie sich Diskriminierungen bis hin zu Verbotsverfahren ausgesetzt sah) sowie die Geschichte der Verbände nach 1989 bis hin zur heutigen »gesamtdeutschen« VVN-BdA. Der Referent hob bei seiner Schilderung der unterschiedlichen historischen Phasen hervor, dass es für das Selbstverständnis unserer Organisation wichtig sei, sich immer wieder darauf zu besinnen, dass die VVN als Organisation seit Anbeginn auch ein »Bündnis in sich« gewesen sei – und dass dies auch in Gegenwart und Zukunft unverzichtbar sei. Auch wenn dies die eine oder andere »Gratwanderung« unvermeidlich mache.

Erfolge und Diffamierungen

Hans Coppis Ausführungen und die daran anschließende ausführliche Plenumsdiskussion boten eine gute Grundlage für den zweiten Diskussionsblock des Tages: Fragen zur aktuellen Bündnispolitik der VVN-BdA, in die Günter Pierdzig aus Bamberg einführte. Am nordbayerischen Beispiel – 34 lokale und regionale Bündnisse gegen rechts haben sich hier inzwischen zu einem übergreifenden Bündnis zusammengeschlossen – schilderte er die Intentionen (»eine möglichst große Zahl von Menschen zum Erreichen eines gemeinsamen Ziels zu bewegen«), die Erfolge – auch der VVN-BdA – , die erreicht werden konnten, aber auch die Schwierigkeiten und Probleme.

Von Regierungsseite werde zunehmend versucht, Gemeinden und Verwaltungen, die sich gegen neofaschistische Provokationen wehren und örtliche und überregionale politische Bündnisse, die sich auf der gleichen Ebene engagieren, gegeneinander auszuspielen. Ein ministerielles Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, das nach dem Attentat auf den Passauer Polizeichef Mannichl entstanden sei, werde nun ausdrücklich als Handlungsanleitung gegen »Extremismus von links und rechts« interpretiert. Diffamierungen der VVN-BdA durch den Verfassungsschutz in Bayern (s. antifa Mai/Juni 2009, »Absurder ›Sonderweg‹«) und durch behördliche Stellungnahmen nähmen zu.

Mit diesen Entwicklungen, die seit unserer Landes-MV noch eine Steigerung erfuhren, werden wir uns in Kürze ausführlicher auseinandersetzen. Auf den seltsam zwiespältigen offiziellen Umgang mit Neofaschismus und Rechtsextremismus in Bayern hat Mitte August auch das ZDF-Magazin »frontal 21« mit einigen Beispielen hingewiesen. Scheinbar im Widerspruch dazu scheint die jüngste Forderung von Innenminister Herrmann nach einem Verbot der NPD zu stehen. Wirklich nur scheinbar: Hat Herrmann doch im gleichen Atemzug deutlich gemacht, dass er die Tätigkeit der V-Leute des Verfassungsschutzes in der Nazipartei, an der ein Verbot bisher scheitert, für unverzichtbar hält.

Ernst Antoni

glossiert

Befremdliches Erwachen

Die Redaktion der Süddeutschen Zeitung legt – nicht zuletzt bei der kritischen Beschäftigung mit anderen Medien – Wert auf einen besonders sorgsamen Umgang mit Wörtern. Entspricht dies doch dem in Selbstverständnis und Außendarstellung des Blattes immer wieder betonten Anspruch, als auflagenstärkste überregionale Abonnementszeitung Deutschlands ein seriöses Informations- und Meinungsorgan zu sein, dessen Stimme weit hinaus über Bayern und die Bundesrepublik hinaus trägt.

Unlängst trug diese Stimme eine Botschaft in die Welt, die bei einigen Leserinnen und Lesern – älteren vor allem – Befremden und schmerzliche Erinnerungen hervorrief. Unübersehbar stand am 14. August als Schlagzeile auf der Seite 1 des Weltblatts aus München: »Deutschland erwacht aus der Rezession«

»Deutschland erwacht…«: Da hat sich jemand beim Verbreiten von wirtschaftlichem Vorwahl-Optimismus seine Formulierung direkt aus einer alten tiefbraunen Sprachkiste herausgegriffen. »Deutschland erwache, Juda verrecke«, brüllten damals die SA-Horden. Ob das heute noch jemand weiß in dem renommierten Münchner Zeitungshaus?

E. A.

Spenden für die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen an:
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstraße 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Neonazis drohen mit neuer SA

Nürnberg: VVN-BdA schreibt an Oberbürgermeister und Stadträte

Mit folgendem Schreiben wandte sich die VVN-BdA Nürnberg an Oberbürgermeister Ulrich Maly und die Stadtratsfraktionen von CSU, SPD, B90/Die Grünen, AG Bunte und Linke Liste:

»Die Nazipartei NPD hat in Nbg.-Langwasser Flugzettel verteilt, in denen eine von ihr installierte ›Nationale Sicherheitswacht Nürnberg‹ angepriesen wird, die im Stadtteil Langwasser für ›Schutz und Sicherheit‹ sorgen würde. U.a. wurden diese Zettel auch im Gemeinschaftshaus Langwasser, also in einer städtischen Einrichtung ausgelegt. Gemeinsam mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern fragen wir:

- Sieht der Stadtrat bzw. die Stadtverwaltung in der Ankündigung auch den Versuch, an die unselige Tradition der Freikorps, SA und Wehrsportgruppen anzuknüpfen?
- Kann der Stadtrat bzw. die Stadtverwaltung Gründe dafür erkennen, warum die Nazis ein solches Vorgehen in Langwasser planen?
- Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Stadt Nürnberg daraus für die weitere Planung im Stadtteil Langwasser
- Was gedenkt die Stadt zu unternehmen, um dieses unrechtmäßige und gesetzwidrige Treiben der Nazis zu unterbinden?
- Wurden in weiteren Stadtteilen solche Aktionen der NPD gesichtet? Wenn ja in welchen?

Mit freundlichen Grüßen, Vorstand der VVN-BdA Nürnberg, Georg Neubauer«

Aus dem Antwortschreiben des Oberbürgermeisters:

»Ich verurteile diese Aktion und weitere Ankündigungen von Herrn Biller *(Pressesprecher der NPD Nürnberg, d. Red.)* aufs schärfste, weil damit zum einen bei den Bürgern in Langwasser ein Gefühl der Bedrohung und Unsicherheit geschürt werden soll, das der objektiven Sicherheitslage und auch dem verbesserten subjektiven Sicherheitsgefühl in Langwasser ganz offensichtlich widerspricht. Zum anderen wird die bestehende ›Sicherheitswacht‹ nach dem bayerischen Sicherheitswachtgesetz, die der Polizei zugeordnet ist, in Misskredit gebracht und bei den Bürgern Unsicherheiten und Missverständnisse über deren Zuordnung und Funktion erzeugt. Solchen Aktionen muss deshalb jegliche Wirkung genommen werden. (...) Wir werden die weiteren Tätigkeiten von Herrn Biller im Blick behalten und bei einer konkreten straf- oder sicherheitsrechtlichen Relevanz entsprechende Maßnahmen ergreifen.«

Unser Bild zeigt Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau, die im Münchner Umland und im Stadtinneren bei »Himmelfahrtskommandos« eingesetzt waren: Sie mussten nach Bombenangriffen Blindgänger beseitigen.
Zweiter von rechts (Foto: Privatarchiv) ist einer, der diese Einsätze überlebt hatte und später als engagierter Zeitzeuge in der Lagergemeinschaft Dachau und der VVN-BdA aktiv war: unser Kamerad Franz Brückl, der 1999 im Alter von 88 Jahren verstarb.
Zu sehen war das Bild jetzt in der eindrucksvollen Ausstellung »Endstation Vernichtung. Diensteifer und Pflichterfüllung bei der Reichsbahn in München 1933 – 1945«. An der Ausstellung (im Juni und Juli im Münchner DGB-Haus und an der Hackerbrücke; Konzept: Dr. Andreas Heusler, Dr. Sabine Schalm) und am inhaltlichen Rahmenprogramm war die VVN-BdA neben einer Reihe von Kooperationspartnern beteiligt.
Näheres im Internet unter: www.endstation-vernichtung.de

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

SEPTEMBER:
Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 87 Jahre; Ruth Steinführer, München, 83 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 81 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München 81 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 80 Jahre; Emmi Menzel, München 70 Jahre.

OKTOBER:
Gisela Freudenthal, Füssen, 83 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 82 Jahre; Hans-Günter Richardi, Dachau, 70 Jahre; Inge Lederer, Amberg, 60 Jahre; Christine Lichtwarck, Stadtbergen, 60 Jahre; Waltraut Sexauer, Scheßlitz, 60 Jahre; Gerda Strobel, Moosburg, 60 Jahre; Brita Wandt, Nürnberg, 60 Jahre.

BUCHANKÜNDIGUNG

Unsere Kameradin Gerda Zorn hat jetzt im Berliner Trafo Verlag unter dem Titel »Die Wiederkehr des Verdrängten« ihre autobiografischen Erinnerungen veröffentlicht.
Gerda Zorn wird 1920 in Berlin geboren, erlebt wie viele andere ihrer Generation vier deutsche Systeme. Die Schulzeit verläuft in der Weimarer Zeit. 1934 beginnt ihr beruflicher Weg. Auf Empfehlung kann sie bei der Tobis Filmgesellschaft anfangen. Als sie sich weigert, dem BDM (Bund deutscher Mädchen, die Mädchen-HJ) beizutreten, muß sie die Firma verlassen, kommt aber als Sekretärin im Reichsverband der Presse unter.
Das Kriegsende erlebt sie in Berlin bei der deutschen Propaganda-Nachrichtenagentur Transocean.
Nach Kriegsende findet sie Arbeit bei der Presse der sowjetischen Alliierten in Berlin, 1950 wird sie Redakteurin im Amt für Information in Ost-Berlin.
Für einen Kinobesuch in West-Berlin bestraft man sie und schickt sie zur »Bewährung« in eine Fabrik. Sie wehrt sich und erhält quasi ein Berufsverbot.
Als ein alter Freund aus der Bundesrepublik sie besucht und ihr einen Heiratsantrag macht, folgt sie ihm 1956. Beide engagieren sich hier stark in der linken politischen Bewegung.
Gerda Zorn arbeitet unter anderem als freie Journalistin, ist ehrenamtlich in der VVN und dem Schriftstellerverband tätig, engagiert sich in der Friedensbewegung und leistet wichtige publizistische Beiträge zur kritischen Aufarbeitung der deutschen Vor- und Nachkriegsgeschichte.
Heute lebt sie in Hamburg.
Die erste Auflage ihrer Autobiographie fand großes Interesse. Ihre Freunde drängten sie, ihre Lebensgeschichte fortzuschreiben. Nun ist es geschafft! Gerda Zorn versteht das Buch zugleich als Dank und Erinnerung an all die Menschen, die sie auf ihrem kämpferischen Weg begleitet haben.
Das Buch hat 484 Seiten und zahlreiche Abbildungen und kostet 34,80 Euro.
(ISBN 978-3-89626-687-3)
S. K.

Desaster der NPD in Friedberg, Nidda und Ranstadt

Nirgends war Platz für die Nazis

Es bleibt dabei: Hessen ist kein geeigneter Ort für Naziaufmärsche. Dies musste wieder einmal die NPD am 1. August 2009 bei ihrer mit großem Aufwand angekündigten »Doppeldemonstration« »gegen Islamisierung und Überfremdung« erleben.

Seit vielen Wochen hatte der NPD-Landesvorsitzende Jörg Krebs für diese Aktion getrommelt, selbst der Bundesvorsitzende Udo Voigt konnte als Redner gewonnen werden. Und am Vortag hieß es noch auf der NPD-Hessen-Homepage »Morgen wird die hessische NPD wieder ihren Protest gegen die Überfremdung und Islamisierung unserer Heimat mittels zweier Willenskundgebungen in den Städten Friedberg und Nidda auf die Straße tragen.« Man hatte diese beiden Orte ausgewählt, da in Friedberg eine der größten Moscheen Hessens mit einem rund 16 Meter hohen Minarett steht und in Nidda gerade ein neues muslimisches Gebetshaus errichtet wird. Geplant war in Friedberg sogar, unmittelbar zur Moschee zu ziehen. Doch das war der NPD durch das Ordnungsamt untersagt worden. Insgesamt war sich die NPD der Resonanz auf ihren Aufruf nicht sicher, denn sie meldete nur etwa 150 Teilnehmende für die Demonstration an.



Den Nazis wurde klargemacht: Heute wird es nichts mit ihrem Aufmarsch.

Insgesamt hatten die Städte auf weitergehende Rechtsmittel verzichtet. Sie genehmigten in Friedberg und Nidda beide Aufmärsche mit erheblichen Auflagen und die Polizei war mit zahlreichen Einsatzkräften vor Ort, um den NPD-Aufmarsch durchzusetzen. Doch breiter antifaschistischer Protest verhinderte diese Provokation.

In Friedberg gründete sich innerhalb kürzester Zeit eigens ein Bündnis. Rund 70 Verbände, Gruppen und Einzelpersonen zählten dazu, sagt die evangelische Pfarrerin Susanne Domnick vom Wetterauer Bündnis gegen Nazis: »Eigentlich ganz Friedberg.« Aber auch antifaschistische Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet, die VVN-BdA Hessen, die Antinazi-Koordination und andere unterstützten die Proteste. Eine wichtige Grundlage dieses Bündnisses war es, dass alle Engagierten gemeinsam handelten. Es gab zwar Formen von Arbeitsteilungen, aber kein Gegeneinander von »bürgerlichen« oder »autonomen« Antifaschisten. Die gemeinsame Idee war: Wie können wir den Aufmarsch verhindern? Erklärtes Ziel ist es gewesen, die Neonazis mit friedlichen Mitteln zu blockieren. Auch in Nidda formierte sich Widerstand. Bürgermeisterin Lucia Puttrich (CDU) berichtete, dass für die Proteste das »Bündnis für Demokratie« reaktiviert wurde. Es war vor eineinhalb Jahren anlässlich einer NPD-Demonstration gegründet worden und fand sich jetzt wieder zusammen.

Und das Resultat war entsprechend:

Rund 1200 Menschen protestierten am 1. August in Friedberg gegen den Aufmarsch der rechtsextremen NPD. Die etwa 180 angereisten Neonazis wurden bereits am Bahnhof mit einem riesigen Plakat empfangen: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.«

Bürgermeister Michael Keller (SPD) sagte auf der Gegenkundgebung, er sei »stolz und dankbar«, dass sich in den vergangenen Wochen solch ein breites Bündnis zusammengefunden habe. »In einer Demokratie muss man zeigen, wofür man steht.« Es sei wichtig, mit dieser Veranstaltung ein Zeichen gegen Neonazis zu setzen, doch der Kampf gegen Rechtsextremismus sei darüber hinaus »eine tägliche Aufgabe«. Nach der Auftaktkundgebung stoppten etwa 500 Gegendemonstranten – junge Antifaschisten und ältere Friedberger gemeinsam – die Demo der Rechten nach 150 Metern, indem sie die angemeldete Route blockierten. Angesichts des breiten Protestes verzichtete die Polizei auf eine Räumung der Blockade.

Eine angebotene Ausweichstrecke lehnte die NPD ab. Nach etwa zwei Stunden Warten brach die NPD ihre Aktion ab und zog sich zum Bahnhof zurück. Nun fuhr der Tross der Rechten mit dem Zug weiter nach Nidda. Doch auch dort wurde ihre Demo von etwa 500 Bürgern direkt am Bahnhof blockiert, so dass kein Marsch möglich wurde. Frustriert machte sich die NPD auf den Weg nach Ranstadt, um dort eine Spontandemo abzuhalten. Aber als die Rechten dort aussteigen und eine »Spontandemo« veranstalten wollten, platzte selbst den polizeilichen Vertretern der Staatsmacht der Kragen. Nach einem kurzen Gang in den Ort wurden sie von der Polizei zum Bahnhof zurückgeleitet und den Nazis klargemacht: Heute wird nicht demonstriert.

Alles in Allem eine klare Schlappe für faschistische Propaganda und ein schöner Erfolg der breiten antifaschistischen Gegenwehr.

Bernd Kant

Neue Gedenkorte in Hessen geplant

Sicherung des Gedenkens erfordert neue Überlegungen

Das Verschwinden der Zeitzeugen der Verfolgung und des Widerstands erfordert verstärkte Überlegungen, wie historische Orte als Ansatzpunkte der Erinnerung gestaltet und ausgebaut werden können. In Hessen gibt es dazu aktuell verschiedene Ansatzpunkte, diese Gedenkkultur weiterzuführen.

Das bedeutendste Projekt ist sicherlich die Planung für eine Gedenkstätte zur Deportation auf dem ehemaligen Gelände der Frankfurter Großmarkthalle, das jetzt für die Europäische Zentralbank genutzt werden soll. Dieser Ort war 1941 und 1942 der Platz, an dem annähernd 10.000 Jüdinnen und Juden zusammengetrieben wurden, bevor sie in Massentransporten in die Vernichtungslager des Ostens deportiert wurden. In einer Skizze eines beteiligten Gestapobeamten ist erkennbar, wie Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Gestapo und das Finanzamt in trauter Eintracht den Weg in die Vernichtung begleitet haben. Auch wenn in den vergangenen Jahren bereits wichtige Bausubstanz, z.B. die Rampe und die Bahngleise, verschwunden sind, ist die Authentizität des historischen Ortes noch erkennbar. Im April wurde nun ein mit 100.000 Euro dotierter Realisierungswettbewerb ausgelobt, der eine angemessene Gestaltung dieses Ortes bringen soll. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Samuel Korn hat in diesem Zusammenhang bereits vor einer »Inszenierung von Geschichte« gewarnt, auch die Frankfurter VVN – BdA hat sich mit verschiedenen Stellungnahmen gegenüber der Stadt, der EZB und anderen Institutionen aktiv in die Auseinandersetzung eingebracht. Ende Juli 2009 soll die erste Runde des Wettbewerbs abgeschlossen sein. Dann werden 30 Vorschläge ausgewählt, die konkretisiert und geplant werden sollen. Die Opferverbände sollten in dieser Phase ein deutliches Wort mitsprechen können.

Auch in der Stadt Wiesbaden wird über ein würdiges Gedenken der Opfer der Judendeportationen von 1942 debattiert. Der erste Ort ist an der ehemaligen Schlachthoframpe am Hauptbahnhof, wo die Deportationszüge Wiesbaden verließen. Geplant ist dabei, eine bereits bestehende Graffiti-Installation, die ein Bild der Deportation von 1942 festhält, in die Gedenkstätte zu integrieren, in die auch die Reste der ehemaligen Rampe einbezogen werden sollen. Seit 2007 geplant, soll jetzt ebenfalls mit der Realisierung eines Gedenkortes an der ehemaligen Synagoge am Michaelsberg begonnen werden. Das zentrale Element der von der Landschaftsarchitektin Barbara Willecke geplanten Gedenkstätte soll ein 55 Meter langes Namensband sein, das an den Wänden der Gedenkstätte entlangläuft und auf dem die Namen der Wiesbadener Holocaustopfer zusammen mit Geburtsjahr sowie Todesdatum und -ort in zweieinhalb Zentimeter großen Buchstaben verzeichnet werden. Der Verein »Aktives Museum« und das Stadtarchiv Wiesbaden haben dafür eine Liste von 1512 Namen zusammengestellt.

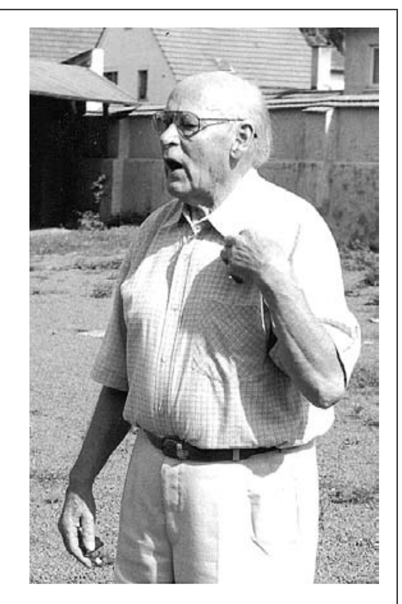
Erfreulich ist auch, dass es in zahlreichen hessischen Orten weiterhin Initiativen zur Setzung von »Stolpersteinen« gibt. In Gießen und im nordhessischen Melsungen wurden nach längeren öffentlichen Diskussionen im Frühjahr 2009 die ersten Steine gesetzt.

Aber noch immer blockieren politische Debatten dieses Erinnerungsprojekt. Schon im Februar stimmten CDU und kommunale Bürgerliste in Groß-Gerau gegen das Projekt und bestätigten diese Ablehnung noch einmal im Mai 2009. Die Begründungen seien, wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion formulierte, »an den Haaren herbeigezogen.« Die Initiatoren der Aktion aus Gesellschaft und Kirche wollen sich davon jedoch nicht entmutigen lassen. Die Sicherung des Gedenkens erfordert manchmal einen sehr langen Atem.

Ulrich Schneider

Philipp Wahl aus Worms ist tot

Streiter gegen Ignoranz und Vergessen



Einer der wenigen noch lebenden ehemaligen Häftlinge des Konzentrationslagers Osthofen bei Worms, Philipp Wahl, starb am 23. Juli 2009 im Alter von 96 Jahren. Seine Generation von Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen hat Beeindruckendes und Vorbildliches geleistet: nicht nur im Kampf gegen die Hitlerfaschisten und alte wie neue Nazi, sondern auch für die Aufarbeitung der Verbrechen des Naziregimes in Zeiten ihrer systematischen Verharmlosung oder Verdrängung. Aus leidvoller Erfahrung und aus redlicher Überzeugung stritt er allerdings nicht nur gegen Ignoranz und Vergessen, sondern auch für ein breites Bündnis und gemeinsame Aktionen aller Antifaschisten.

Philipp Wahl wuchs in einer sozialistisch geprägten Familie auf und wechselte 1931 in Duisburg von der sozialdemokratischen zur kommunistischen Jugendorganisation. Er erlebte damals im eigenen Verwandten- und Freundeskreis die ideologische wie politische Spaltung der Arbeiterbewegung, die auf beiden Seiten, Kommunisten wie Sozialdemokraten, zu überzogenen und teils niederträchtigen gegenseitigen Angriffen führte. Mit der Machtübertragung an die Nazis übernahm der 20-jährige Matrose der Rheinschifffahrt illegale Kurierdienste für die KPD zwischen Rotterdam und Basel.

Im März 1933 wurde Philipp Wahl in Worms verhaftet und später ins Konzentrationslager Osthofen verschleppt. Vorher hatte ihn die Gestapo mit einer Brutalität verhört, die ihm eine Schädelfraktur und mehrere Wochen Krankenhausaufenthalt eingebracht hatte. In Osthofen hielten ihn die Nazis ohne Prozess etwa neun Monate fest. Die für Philipp Wahl positive Erfahrung unter den ansonsten barbarischen Verhältnissen: Im Konzentrationslager näherten sich Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten langsam (wieder) an, überwanden manche Gegensätze, entwickelten und zeigten Solidarität untereinander.

Nach der Zerschlagung des Faschismus trat Philipp Wahl in Worms in der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden (heute BAU), in der KPD und später der DKP für ein Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein. In der Lagergemeinschaft Osthofen und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), deren rheinland-pfälzischer Vorsitzender er von 1986 bis 1989 war, engagierte er sich mit großem Einsatz und notwendiger Hartnäckigkeit für den Erhalt und den Ausbau des ehemaligen KZ Osthofen zur Gedenkstätte.

Vielen jungen Menschen hat er dort und im Schulunterricht seine Erlebnisse während der KZ-Haft und im Widerstand gegen den Faschismus nahe gebracht und verständlich gemacht. Seine unaufdringliche, nicht belehrende Art der Kommunikation kam bei ihnen an und überzeugte. Ehren wir Philipp Wahl und gedenken seiner durch mutiges und konsequentes Handeln im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag, gegen Nazis und für demokratische wie soziale Rechte.

Horst Gobrecht
Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA Hessen
Eckenheimer Landstraße 93
60318 Frankfurt
Tel. und Fax (069) 597 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Konto-Nr. 49330-602
BLZ: 5001006

Streit um ein neues Gesetz

Brandenburg: Neues Laboratorium zur NS-DDR-Gleichsetzung?

Im Zuge des 20. Jahrestages des Mauerfalls wird an der Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR kräftig weitergestrickt. Dabei bleibt man nicht bei der Gleichsetzung stehen. In ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause und vor den Landtagswahlen im September hat das Landesparlament nach zweiter Lesung ein »Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur« verabschiedet.

Der Verabschiedung des Gesetzes war eine politische Auseinandersetzung um die Ausweitung des Amtes auch auf die Bearbeitung der NS-Zeit vorausgegangen.

(Siehe auch www.brandenburg.vvn-bda.de)

Der erste Entwurf des Gesetzes vom April lautete noch »Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und von Folgen diktatorischer Herrschaft« und bezog sich also auf die Zeit von 1933 bis 1989.

Die Brandenburger VVN-BdA hatte sich in einer auch von den Medien zitierten Stellungnahme gegen die darin zum Ausdruck kommende Gleichsetzung von DDR und NS-Regime gewandt. Wir bemängelten, dass die NS-Verfolgung in der Tätigkeit des Landesbeauftragten nur zu einer Fußnote gerate. In der Anhörung des Landtages am 18. Juni wandten sich insbesondere die von der Fraktion der LINKEN eingeladenen Sachverständigen gegen die Ausweitung der Aufgaben des künftigen Landesbeauftragten auf die Zeit des Naziregimes. Die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und der kommunistischen Diktatur würden geradezu eingeebnet, empörte sich der Berliner Historiker Professor Wolfgang Wippermann. »Es ist unfassbar, dass die Juden in dem Gesetzentwurf einfach vergessen wurden«, so der Wissenschaftler. Der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Professor Günter Morsch, sagte: »Die NS-Opfer fühlen sich zu Opfern zweiter Klasse degradiert.« Und er zitierte aus der Stellungnahme des Internationalen Beirats der Stiftung, zu der rund 15 Opferverbände gehören. Die Verfolgten des Naziregimes lehnten das Vorhaben ab, sie seien empört, erklärte der Vertreter der VVN-BdA, Hans Coppi, dass die DDR und der faschistische Staat nunmehr auf eine Stufe gestellt würden. Der Gesetzesentwurf, der, ohne sie zu fragen, auch die Verfolgten des Naziregimes einbezieht, sei mit ihnen wie auch mit Juden, Roma und Sinti, Homosexuellen, Zwangssterilisierten, die nicht einmal erwähnt würden, zuvor nicht beraten worden.

Der ebenfalls als Sachverständige geladene Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Michael Beleitis, zeigte sich verwundert über die Einwände.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Gedenkstättenarbeit mit Hacke und Schaufel

Im südhessischen Mörfelden-Walldorf trafen sich in diesem Sommer erneute junge Menschen aus mehreren Ländern bei einem »International Work and Study Camp«. Hauptinhalt ihrer Tätigkeiten war die weitere Be- und Aufarbeitung der Vergangenheit des dortigen ehemaligen KZ-Außenlagers, deren weibliche Häftlinge unter qual- und leidvollen Verhältnissen zu Bauarbeiten an der geplanten Erweiterung des Frankfurter Flughafens gezwungen wurden.
Seit Jahren arbeiten örtliche Gruppen und Initiativen an der Darstellung und Thematisierung der Geschichte dieses KZ-Außenlagers als Gedenkstätte. Eine führende Rolle spielt dabei die örtliche Museums-Leiterin Cornelia Rühlig. Sie ist zugleich Vorsitzende der Horvath-Stiftung, die zu den Veranstaltern der jährlich stattfindenden Jugendcamps gehört. Neben Studien und Gesprächen über die Geschichte des Lagers und Schlussfolgerungen für die Gegenwart, gehörten in diesem Jahr Arbeiten mit Hacken und Schaufeln zur weiteren Freilegung von Fundamenten des Lagers zu den Tätigkeiten der jungen Menschen aus elf Ländern. **pcw.**

Geschichtsarbeit vor Ort:

Die Vergangenheit des Frankfurter »Klapperfeldes«

Der autonomen Jugend- und Künstler-Initiative »Faites votre jeu«, die in Frankfurt am Main ein besetztes Haus räumen musste, wurde daraufhin von der Stadt das ehemalige Polizeigefängnis »Klapperfeld« in der Frankfurter Innenstadt als benutzbares Domizil zugewiesen.
Das bis Ende der neunziger Jahre als Polizeigefängnis benutzte Gebäude war in der Nazizeit zugleich eine Folterstätte der Gestapo. Hier wurden Nazigegner und Naziopfer eingesperrt und terrorisiert. Das hinderte die Behörden nicht daran, den Gebäudekomplex nach 1945 weiterhin als Polizeigefängnis zu nutzen. Auf eine Thematisierung der Nazizeit gegenüber der Öffentlichkeit wurde verzichtet.
Die Initiative junger Künstler bereitete dem Quasi-Versteckspiel jetzt ein Ende. Ein Arbeitskreis »Geschichte« ging daran, die Vergangenheit des »Klapperfeldes« zu bearbeiten und an die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei entstand eine Ausstellung, die das »Klapperfeld« als nazifaschistische Folter- und Terrorstätte zum Thema hat.
Teil der Ausstellung ist der eindrucksvolle Bericht des inzwischen 101jährigen Frankfurter Antifaschisten und Kommunisten Hans Schwert (immer noch aktives VVN- und Gewerkschaftsmitglied). Über Bildschirm berichtet Hans Schwert in einem Videointerview über seine eigenen Erlebnisse im Gestapo-Gefängnis Klapperfeld.
Der Arbeitskreis der Initiative will die 125jährige Nutzungsgeschichte der Haftanstalt, die zuletzt zum Teil auch als Abschiebegefängnis diente, weiter bearbeiten. **pcw.**

Geschmacklosigkeit oder Ignoranz?

Auf der Homepage von HNA-online.de kündigte in der elektronischen Werbung eine Firma im Juli 2009 einen »SS-Verkauf³« mit entsprechenden Rabatten an. Tatsächlich handelte es sich nicht um Faschismus-Freunde, sondern um eine italienische Modefirma, die glaubte, den Sommerschlussverkauf mit der Kürzeln »SS« abkürzen zu können.
Als Bundessprecher fragte ich in einer Mail bei der Firma an, ob es sich hierbei nur um Ignoranz oder eine bewusste Provokation zu Werbezwecken handele. Tatsächlich entschuldigte sich die Pressesprecherin des Unternehmens und kündigte an, das Werbelogo schnellst möglich zu ändern (was inzwischen erfolgt ist). Das Beispiel macht deutlich, wie man auch im Alltag sensibel bleiben kann und eine Gewöhnung an die Alltäglichkeit faschistischer Symboliken nicht zulassen sollte. **U. Schn.**



Hohe Auszeichnung für Niki Sternberg

Er wird am 8. Oktober 89 Jahre alt, unser Mitglied Dr. Klaus Sternberg. Ein bewegtes Leben: Sohn jüdischer deutscher Eltern, 1939 in die Emigration nach England gezwungen, sein Vater in Holland verhaftet und in Auschwitz ermordet. Er selbst 1941 wie viele andere Emigranten in England interniert. Nach der Entlassung Arbeit in kriegswichtiger Produktion, mitbeteiligt am Aufbau der FDJ in England. Nach dem Krieg Rückkehr nach Deutschland, Engagement für den demokratischen Aufbau, Studium an der Humboldt-Universität. Von 1949 bis 1952 gehörte Klaus Sternberg dem Vorstand der Berliner VVN an. Mitte der fünfziger Jahre in die politischen Mühlen geraten, weil er angeblich gegen die Parteilinie verstoßen hatte: Ausschluss aus der SED, Strafversetzung in die Produktion, ins Metallhütten- und Halbzeugwerk. Im Abendstudium qualifiziert er sich zum Facharbeiter, dann Studium zum Ingenieur für Hüttenwesen, mit 57 Jahren schließlich Promotion an der Bergakademie Freiberg zum Dr. in Pädagogik und Philosophie.

Nach der Wende 1989 gab Niki, wie ihn seine Freunde nennen, seinem Leben einen neuen Sinn und Inhalt. Er trat immer wieder insbesondere vor jungen Menschen als Zeitzeuge auf, vornehmlich in Treptower Schulen. So hat er unermüdlich in vielen, vielen Gesprächen Zeitgeschichte vermittelt: authentisch, anschaulich, emotional ansprechend. Geschichte des Judentums, jüdische Religion und Riten, Antisemitismus und Faschismus, die Nahost-Problematik, aber auch Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Zivilcourage waren seine Themen. Wobei es ihm wunderbar gelungen ist, persönliches Erleben in größere geschichtliche Zusammenhänge einzuordnen und die Schüler so anzusprechen, dass Neugier, Anteilnahme und Achtung entstanden sind, Achtung vor dem Verhalten Betroffener, verbunden mit dem festen Willen, nie wieder zuzulassen, dass sich Intoleranz und Faschismus entwickeln können.

Ehemalige Schüler erinnern sich noch heute gerne und begeistert an die Stunden mit Dr. Sternberg und haben sie als unvergessliche Erlebnisse in ihrem Gedächtnis behalten. Für sein langjähriges Engagement in Sachen Humanismus, Mitmenschlichkeit, Toleranz und Friedfertigkeit wurde Dr. Klaus Sternberg im Sommer dieses Jahres vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Rolf Schieck
Bund der Antifaschisten
Treptow

NPD-Verbot jetzt!

5.000 gute Gründe für ein NPD-Verbot

Nach dem Grundgesetz unseres Staates gehört die NPD ganz eindeutig nicht nur sofort verboten, sie hätte von Anfang an gar nicht zugelassen werden dürfen.
Die herrschende bürgerliche Demokratie stellt leider alles auf den Kopf.
Sie lässt eine gegen sie gerichtete Partei zu, welche die Demokratie ständig untergräbt mit dem Ziel, sie zu beseitigen. Faktisch fördert sie ihre Aktivitäten durch die Zufuhr finanzieller Mittel.
Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz verhindert laut Gerichtsurteil ein Verbot. Genau genommen ist es die Aufgabe der staatlichen Sicherheitsorgane, mit verdeckten Mitteln einzugreifen, nachdem die NPD zur Illegalität verdammt worden ist.
Shakespeare ruft uns zu: »Dieser Wahnsinn hat Methode!« Er - der Wahnsinn - entspringt schon einmal da gewesenem und es lohnt sich, so glaube ich, einen Blick in die Geschichte unseres Landes zu werfen.
Nach der Verfassung der Weimarer Republik gehörte die NSDAP ebenfalls verboten. Es gab damals jedoch nur zeitweilige und vorrübergehende Verbote, um das gegen alle linken Kräfte herzustellende »Gleichgewicht« aufrecht zu erhalten.
Die antikommunistische Furcht der deutschen Großbourgeoisie und des Junkertums verschaffte der auf legaler Grundlage tätigen NSDAP eine immer stärkere Massenbasis.
Das ging soweit, dass Reichspräsident von Hindenburg Hitler völlig legal zum Reichskanzler berufen konnte und die NSDAP aus legalem Wege an die Macht kam, und mit diesem Augenblick die einzigartigen Verbrechen des »Dritten Reiches« ihren Lauf nahmen.
Ein rechtzeitiges Verbot der NSDAP, das diese Partei in die Illegalität getrieben hätte, würde der Partei ungemein viele Möglichkeiten verbaut, den Kampf um die Macht wesentlich erschwert haben, so dass er bei den damaligen Kräfteverhältnissen kaum zum Erfolg für die NSDAP geführt hätte. Ein Putsch aus der Illegalität heraus, würde den massiv möglichsten Widerstand der Gewerkschaften, der SPD sowie der KPD, unterstützt von linken Liberalen und kirchlichen Kreisen heraufbeschworen haben, der dann wahrscheinlich erfolgreich gewesen wäre.
Wann endlich wird die aus antikommunistischer Gesinnung verblendete Mehrheit der Politiker der BRD die richtigen Lehren aus der bitteren, traurigen Vergangenheit unseres Landes ziehen?!

Dr. Klaus Sternberg

Streit um ein neues Gesetz

(Fortsetzung von Seite 11)

Seine Argumentation, schließlich seien Opfer von unterschiedlichen Diktaturen als »Äpfel und Birnen« des übergeordneten Begriffs »Obst« zu vergleichen, hinterließ Empörung und Kopfschütteln.

Erst nach Protesten des Internationalen Ravensbrück- und Sachsenhausenkomitees, des Landesjugendrings, der Brandenburger VVN-BdA, nach dem entschiedenen Einspruch der Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses und dem starken Widerhall ihrer Kritik in der Presse, wurde der Gesetzesentwurf überarbeitet. In der Anhörung wurde deutlich, dass der Gesetzentwurf ohne die Berücksichtigung der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Shoa der letzten 30 Jahre gut ausgekommen war. Dies lässt sich nicht einfach durch ein paar Modifizierungen ausbügeln.

Der künftige Landesbeauftragte soll neben der Beratung von Opfern, »die von der Verfolgung zur Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR [...] betroffen sind«, wie es im Gesetz heißt, und der Vermittlung psychologischer und sozialer Betreuung vor allem Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit »über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen« leisten.

Die VVN-BdA in Brandenburg wird in diesen Fragen als wichtige außerparlamentarische politische Kraft immer stärker gefordert sein.

Marcus Pilarski

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: http: berlin.vvn-bda.org

E-Mail: berlin@vvn-bda.org
Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA

Postbank Berlin
Konto-Nr. 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Enthüllung des Deserteursdenkmals in Köln

Einzigartiges Projekt wurde verwirklicht

Am Antikriegstag 1. September in Köln: 800 Antifaschistinnen und Antifaschisten weihten an diesem Tag mit einem Fest und Bühnenprogramm das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz ein. Dies geschah aus Anlass des 70. Jahrestages es Überfalls Deutschlands auf Polen. Das Denkmal steht in unmittelbarer Nachbarschaft der früheren Gestapo-Zentrale und des heutigen Verwaltungsgerichtes. Nach Angaben der Veranstalter wurde das Denkmal im Anschluss eines Kunstwettbewerbs von dem Künstler Ruedi Bauer geschaffen. Es ist das erste Mal, dass in der Bundesrepublik die Opfer der NS-Militärjustiz auf diese Weise geehrt werden. Insgesamt wurden etwa 30.000 Menschen wegen Desertion, »Wehrkraftzersetzung« und Kriegsdienstverweigerung zum Tode verurteilt. 20.000 dieser Urteile wurden vollstreckt. Die VVN Köln hat sich finanziell an dem Denkmal beteiligt.
Ludwig Baumann, der anwesende Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, sagte den Anwesenden: »Für mich ist das ein Traum, der heute in Erfüllung geht.

M.B.H.

»Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!«

In Düsseldorf und anderswo: Die VVN-BdA griff in den Wahlkampf ein

Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente! Das ist der Titel unserer Kampagne gegen Nazis im Düsseldorfer Stadtrat und in den Bezirksvertretungen.
Erster Erfolg: Gemeinsam mit den Freunden von Antifa-KOK, der antifaschistischen Initiative Eller und der DKP konnte die Gründungsveranstaltung von proNRW im Reiterhof Eller verhindert werden. Die Mahnwache vor dem Reiterhof Eller unter Beteiligung von Vertretern der evanelischen Kirche, der SPD, der DKP, VVN-BdA und der Antifa-Initiative Eller erwies sich als gut begründet. Im August 2008 teilte uns noch der Vorsitzende des Reitersportvereins Hans Jürgen Ribaucourt am Telefon mit, mit proNRW habe er gar nichts zu tun. Recherchen ergaben: Ribaucourt ist Schriftführer des Landesverbandes NRW. Und jetzt hat er die Maske ganz fallengelassen. Ribaucourt kandidierte für die Nazi-Liste der REPs in Golzheim zur Kommunalwahl. Nachdem nun auch noch der ehemalige Oberstadtdirektor Karl Ranz aus Protest den Reiterverein verlassen hat, wurde Ribaucourt zurückgetreten.



Die VVN-BdA wandte sich an alle Düsseldorfer Parteien mit der Bitte, auf ihren Werbeträgern die Poster der VVN-BdA mit zu plakatieren. Ähnliche Initiativen wurden auch aus anderen Städten gemeldet. Nachdem zunächst in Düsseldorf die Aufstellung von Schildern mit dem Slogan »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente« vom Ordnungsamt untersagt wurde, kam es dann doch zur antifaschistischen Plakatierung, die allerdings das Ziel wütender Zerstörungsattacken der Nazis wurde. Die Schilder wurden sodann von jungen Antifaschisten bewacht. Die Aktion hat der VVN Ansehen eingebracht.

»Freie Wähler« als Variante neonazistischer Politik

In Düsseldorf wurde die Rolle von »pro NRW« von den sogenannten »Freien Wählern Düsseldorf« übernommen, und auch davor warnte die VVN-BdA. Etwas im Hintergrund agiert Neonazi-Rock-Verleger Torsten Lemmer, der im Mai zu einer 10-monatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt wurde, weil er seinen Nazimusik-Verlag über Strohmänner weitergeführt hatte. Sein Verteidiger war übrigens der Rassist Markus Beisicht, Vorsitzender von PRO NRW. Mit den durch seinen Rechtsrock-Verlag verdienten Millionen finanzierte Lemmer vermutlich seinen aufwändigen Wahlkampf.

Jürgen Schuh

Die Ausleihe der Wanderausstellung ist möglich: »Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!« Berliner Arbeiterwiderstand 1942–1945

Die Saefkow-Jakob-Bästlein-Organisation

INHALT:
Vom 18. Juni bis 23. Juli fand die Ausstellung in der Humboldtuniversität zahlreiche interessierte Besucher und ein großes Presseecho. Inzwischen gibt es bereits Anfragen, die Wanderausstellung in Berlin und im Bundesgebiet zu zeigen.
Mit etwa 500 Mitstreiterinnen und Mitstreitern zählte die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation zu den größten Widerstandsgruppen in Berlin. Auf 23 Tafeln präsentieren Texte, Fotos, Dokumente und Briefe vielfältige Lebenswege von Frauen und Männern aus dem Arbeiterwiderstand. Die Besucher erfahren, wie unter schwierigsten Bedingungen die illegale Arbeit organisiert, Kontakte in die Berliner Rüstungsindustrie, die Zusammenarbeit und Solidarität mit Zwangsarbeitern hergestellt wurden und wie die Gruppe auch in die Wehrmacht hineinwirkte. Hitlergegner aus dem Bürgertum, Künstler und Ärzte stießen dazu und knüpften neue Kontakte, die erste Gespräche von Anton Saefkow und Franz Jacob mit den Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein ermöglichten. Jüdische Widerstandskämpfer schlossen sich der Gruppe an. Verrat, Verfolgung, Justizterror und Haft werden in berührenden Dokumenten und letzten Briefen dargestellt.

UMFANG:
Die Ausstellung der Berliner VVN-BdA umfasst insgesamt 23 Tafeln (20 Tafeln je 1 m x 2,15 m / B x H, 2 Tafeln je 0,85 m x 2,15 m / B x H sowie 1 Tafel 1,50 m x 2,15 m / B x H, insgesamt ca. 30 laufende Meter), Roll-Up Comfort, frei stehend, eloxiertes Aluminiumgehäuse, exakt justierbar, Transporttaschen.

AUSLEIHBEDINGUNGEN:
Der Leihnehmer sorgt für einen geeigneten Raum, Versicherung, Sicherheit, Hin- und Rücktransport, Auf- und Abbau sowie für die Öffentlichkeitsarbeit. Zur Pflege der Ausstellung wird eine Ausleihgebühr erhoben. Der Leihgeber bietet eine fachliche Begleitung sowie Unterstützung für Veranstaltungen und bei der Werbung mit Text- und Bildmaterial. Zur Ausstellung erschien ein Katalog, der gegen eine Spende ab-



gegeben wird und in Kommission genommen werden kann. Leihnehmer und die Berliner VVN-BdA Leihgeber vereinbaren den Termin und schließen einen Leihvertrag.

Berliner VVN-BdA

Es blieben nur einige Quadratmeter Platz für das Treffen der Nazis

Erfolgreicher vielfältiger Protest in Dortmund



Bei der Dauermahnwache und Kundgebung der Aktion 65plus am 5. 9. 2009 auf dem Dortmunder Wilhelmplatz.

Am Abend des 5. September konnten Dortmunds Demokraten eine gute Bilanz ziehen. Es gab keinen Naziaufmarsch, sondern nur eine kleine Nazikundgebung in einem Polizeikessel.

Fast das ganze Dortmund war für Nazis gesperrt, von den Bürgern selbst. Alles in allem haben rund 12.000 Menschen protestiert – und auch gefeiert. Über 30 Schauplätze von antifaschistischem Protest, darunter eine Kundgebung vor dem Hauptbahnhof (Bündnis »Dortmund stellt sich quer«) und auf dem Gerichtsplatz (Bündnis unter Einschluss von Antideutschen), hatten den Nazis keinen Raum gelassen. Steinwürfe außerhalb des Demo-Geschehens führten allerdings zu heftigen Polizeireaktionen, aber so die Medien: »Der friedliche Protest überwog.«

Der Polizeipräsident von Dortmund Hans Schulze hatte erstmals ein Verbot des Naziaufmarsches ausgesprochen, was letztlich vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben wurde. Das löste große Empörung aus.

Bundessprecher Ulrich Sander bei einer Kundgebung von Aktion 65plus in Dortmund-Dorstfeld: »Die höchsten deutschen Gerichte haben deutsche völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zugelassen, sie haben das Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 des Grundgesetzes faktisch aufgehoben und auch den Artikel 139, der den deutschen Faschismus ächtet.

Gestern hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Naziaufmarsches durch Dortmund aufgehoben. Dieses Gericht ist zu seinem Standpunkt zurückgekehrt, dass Naziaufmärsche nur das Vortragen einer ›missliebigen‹ Meinung darstellen. Nazis marschieren unter der Losung ›Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg, dem Sieg des NS‹. Trotzdem bescheinigt das Gericht den Nazis in seinem Spruch von gestern Gewaltlosigkeit und Gesetzestreue. Es begünstigt Leute, die am 1. Mai in Dortmund mit dem Überfall auf den DGB-Demonstrationszug eine Probe ihrer Gewaltlosigkeit gegeben haben. Es begünstigt Leute wie den Bombenbauer von Weil bei Lörrach, der nur durch die Aufmerksamkeit von Antifaschisten gehindert wurde, ein Blutbad anzurichten.«

Das BVG soll nicht mehr von Kritik befreit sein

Sander weiter: »Es ist zu hoffen, dass die kritiklose Hinnahme solcher Entscheidungen des BVG aufhört. Das BVG bewegt sich nicht im luftleeren politischen Raum, es wird von etablierten Politikern bestimmt. Doch wir sagen: Das Grundgesetz steht über dem Bundesverfassungsgericht, das diese Verfassung oft negativ uminterpretiert.«

VVN-BdA und die Aktion 65plus haben seit Monaten darauf hingewirkt, die Nazis, wenn sie sich denn am 5. 9. in Dortmund treffen, zu blockieren. »Wir haben es erlebt – nie wieder!« sagte die Aktion 65plus. Seit Monaten bereitete sich die Aktion unter dem Motto »Aufstehen und wi(e)dersetzen!« mit Blockadetrainings vor. So auch am Vormittag des 5. 9. auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld, einem Wohngebiet mit Nazibewohnern. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Naziaufmarsch zum »Nationalen Antikriegstag« genehmigte, hielt die Dortmunder Polizei an ihren Auflagen gegen die Nazis fest, die praktisch keinen Aufmarsch zuließen. Den 700 Braunen wurde nur eine Kundgebung auf einem kleinen Parkplatz am Hafen genehmigt, kein Marsch. Als bei Aktion 65plus (unser Foto von Traute Sander) die Nachricht von der Blockade der Nazis durch die Polizei eintraf, war die Zustimmung groß.

Der Antikriegstag war von einem schweren aktuellen Kriegsverbrechen der Bundeswehr überschattet: Über 100 Afghanen brachte ein Oberst Georg Klein mittels Bombardement in der Nähe von Kundus ums Leben. »Wir hoffen, dass Oberst Georg Klein ebenfalls vor Gericht kommt und wie kürzlich der NS-Wehrmachtskriegsverbrecher Joseph Scheungraber verurteilt wird«, wurde betont.

U.S.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW.
Gathe 55, 42107 Wuppertal
Tel.: (0202) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Die Zeitungen der WAZ-Gruppe werben für rechtsextremen Filmemacher

VVN-BdA protestiert bei der WR-Chefredaktion

Die nordrhein-westfälische VVN-BdA hat bereits Anfang des Jahres 1995 (und dann wiederholt) vor den Unternehmungen des rechtsextremistischen Propagandisten Karl Höffkes aus Oberhausen gewarnt. Wir berichteten: Höffkes führt ein »Unternehmen, das die Bildungsarbeit der rechtsextremen Szene ausrüstet und zugleich die demokratische politische Bildungsarbeit mit kriegsverherrlichendem, faschistischem und rassistischem Ungeist durchdringen will«. Rechte Zeitschriften haben wiederholt Höffkes Filme gelobt, mit denen u.a. die SS, die NS-Propaganda, der Holocaustleugner David Irving gewürdigt werden. Ferner hatte er NPD-Größen als Autoren. Seine Laufbahn begann in ultrarechten Jugendbünden sowie in der »Gesellschaft für freie Publizistik«.

Nun waren wir außerordentlich überrascht, auf der Web Site der WAZ-Gruppe einen Beitrag vom 23. Juli 2009 zu finden, mit dem unverhohlen zur Mitarbeit an Karl Höffkes Projekten aufgerufen wird. Am Schluss des den Rechtsextremisten in höchsten Tönen lobenden Beitrags werden seine Web Site und Telefonnummer genannt, auf dass die Leserinnen und Leser der Zeitungen der WAZ-Gruppe ihre Fotos und Filme an Höffkes senden.

Wir haben die Chefredaktion über Höffkes aufgeklärt, doch dennoch blieb der Artikel im Internet auf der Seite DerWesten stehen. Wir halten an unserem Protest fest. **U.S.**

Rallye »Verbrechen der Wirtschaft« wird fortgesetzt

Aus 16 Städten Arbeiten an Projekten gemeldet

Der Landesausschuss der VVN-BdA NRW hat Ende August über den Stand der Rallye »Verbrechen der Wirtschaft 1933 – 1945« beraten. Zu dieser Aktion hatte der Landesausschuss vor 20 Monaten aufgerufen, um über ein vernachlässigtes Gebiet der Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit aufzuklären, d.h. über die Täterschaft der ökonomischen Eliten an Rhein und Ruhr.

In folgenden Städten wurden von VVN-Gruppen und -Mitgliedern Initiativen gestartet, um über die Täter aus der Wirtschaft aufzuklären und um städtische Erinnerungsarbeit dazu zu verlangen, z.B. durch das Aufstellen von Mahntafeln: Dortmund, Düsseldorf, Köln, Leverkusen, Siegen / Kreuztal und Herten / Recklinghausen.

Darüber hinaus liegen aus folgenden Städten Forschungsberichte vor, die nun bearbeitet werden: Bielefeld, Bochum, Bonn, Duisburg, Essen, Lüdenscheid, Mülheim, Neuss, Solingen und Wuppertal.

Der Landesausschuss bat die VVN-BdA-Mitglieder in diesen Städten, die Forschungsarbeiten hin zu örtlichen öffentlichen Initiativen weiterzuentwickeln.

Später sollen die Zeugnisse der Verbrechen der deutschen Wirtschaft während der Zeit von Faschismus und Krieg zu Buchbeiträgen und zu einer Ausstellung »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 – 1945« weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der Rallye hatte die VVN-BdA in Dortmund sämtliche Bezirksvertretungen angeschrieben. Aus Dortmund Innenstadt-Nord kam die Antwort, dass auf dem Gelände der ehemaligen Westfalenhütte eine Springorumallee entstehen solle, obgleich es dort schon eine Springorumstraße gibt – eine zuviel.

»Bitte keine neue Springorumstraße«

Dagegen erhob die VVN-BdA Protest. Sie forderte die Benennung nach einem Widerstandskämpfer oder einer Zwangsarbeiterin, aber nicht nach einem Ruhrindustriellen aus der die Nazis fördernden Organisation »Ruhrlade«.

Am Standort der früheren Springorum-Villa soll eine Mahntafel angebracht werden. Die Bezirksvertretung Innenstadt-Ost schrieb am 17. Juni. 2009 an die VVN, es sei beschlossen worden:

»Die Bezirksvertretung regt an, die Schaffung von Erinnerungsplätzen im Rahmen der Heftreihe des Stadtbezirksmarketings zu berücksichtigen. Die Redaktion der Heftreihe wird gebeten dies in eigener Verantwortung zu prüfen.«

In Dortmund-Eving verlangt die VVN-BdA die Umbenennung der Kirdorf-Siedlung. Kirdorf war einer der frühesten Hitler-Förderer und -Finanziers.

Ulrich Sander

Auf den Spuren der Vergangenheit

Volkshochschule Bochum und VVN-BdA der Stadt laden zu Stadtrundgängen ein

Einen Stadtrundgang »Auf den Spuren Ottilie Schoenewalds in Bochum« veranstaltet die VVN Bochum gemeinsam mit der Volkshochschule der Stadt am 1. November (ab 14 Uhr). Bereits am 18. Oktober findet der Stadtrundgang beider Institutionen zum Thema »Bochum in der NS-Zeit« statt. Gemeinsame Aktivitäten von VHS und VVN-BdA haben Tradition in Bochum. Wer nähere Informationen wünscht, kann neuerdings die ausgezeichnet gestaltete und betreute Web Site www.vvn-bda-bochum.de besuchen.

Wer ist oder war Ottilie Schoenewald? Dazu heißt es in den Bochumer Antifaschistischen Blättern: »Viele Bochumer wissen nicht, dass eines der größten Weiterbildungskollegs Deutschlands in Bochum arbeitet. Noch weniger ist die Geschichte der Namensgeberin bekannt.« Ottilies Leben und Wirken in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit wird bei einem Stadtrundgang verdeutlicht. Sie war eine bemerkenswerte Frau.

Abschied von Waltraud Blass



Sie war eine Vorkämpferin der Zwangsarbeiterentschädigung

Wir nahmen Abschied von Waltraud Blass, geb. Ebbinghaus, die am 13. August 2009 im Alter von 89 Jahren verstorben ist. Mit Waltraud verliert die VVN-Kreisvereinigung Wuppertal die letzte Zeitzeugin aus dem Widerstand gegen den Faschismus. Diesen Kampf musste sie mit Verfolgung, Inhaftierung und Zwangsarbeit bezahlen .

Eingebunden in die kommunistischen Widerstandsaktionen und -aktivitäten ihrer Familie in Wuppertal-Ronsdorf, geriet sie wie ihre Eltern Hugo und Hildegard Ebbinghaus und ihr Bruder Egon ins Visier der Gestapo und wurde kurz nach ihren Eltern im Februar 1943 verhaftet. Bis November 1943 blieb sie im Polizeigefängnis in Wuppertal inhaftiert, anschließend wurde sie in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert. Hier musste sie für Siemens elektronische Komponenten für die Rüstungsindustrie herstellen.

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus! Dafür wirkte Waltraud seit Gründung der VVN in Wuppertal unermüdlich mit, solange ihre Kräfte es ihr erlaubten. In Zeitzeugengesprächen mit Jugendlichen, bei Demonstrationen als Rednerin – Waltraud wurde vielen durch ihre bescheidene und aufrichtige Art zum Vorbild.

Wegen der erlittenen Zwangsarbeit durch Siemens stritt sie 1990 in einem Musterprozess gegen den Konzern. Das Gerichtsverfahren erlebte Waltraud als erneute Demütigung. Ihre Entschädigungsforderung wurde wegen Verjährung zurück gewiesen. Erst im Verlauf der politischen Auseinandersetzung zur Zwangsarbeiterentschädigung wurde auch Waltraud eine Entschädigungszahlung zugedacht.

»Das Unrecht darf nicht vergessen werden!« Dieser Leitsatz bestimmte ihr Leben und dafür kämpfte sie. Wir werden Waltraud nicht vergessen – ihr Kampf bleibt uns Verpflichtung gegen alte und neue Nazis und für ein friedliches Zusammenleben. **Jochen Vogler**

An ersten Lagerappell im KZ Sachsenburg gedacht

Mahnung: Die Lehren der Geschichte nicht vergessen

An die Opfer, das Leid und den Widerstand der Häftlinge des KZ Sachsenburg gedachten am 14. Juni in Sachsenburg – heute ein Ortsteil von Frankenberg – Bürgerinnen und Bürger der ganzen Region Chemnitz. Zeitlicher Anlass für das alljährliche Gedenken am historischen Ort in Sachsenburg immer Anfang Juni, ist der erste Lagerappell 1933 zu dem in Sachsenburg die hier eingekerkerten Häftlinge antreten mussten.

Bei der Kranzniederlegung und Gedenkfeier am von dem Chemnitzer Antifaschisten Hannes Dietrich geschaffenen und 1968 geweihten Denkmal mahnten die Redner – Karl Stenzel, ein ehemaliger Häftling; Hans Lauter, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA; und Thomas Firmenich, Bürgermeister von Frankenberg – leidenschaftlich, die Lehren der Geschichte nicht zu vergessen.

Insbesondere, so die leidgeprüften Antifaschisten Karl Stenzel (Jahrgang 1915) und Hans Lauter (Jahrgang 1914), sollte jeder Verharmlosung und Relativierung der frühen KZ entgegengetreten werden. Eine wachsende Bedeutung komme der Jugendarbeit zu.

Enrico Hilbert, der Vorsitzende des Stadtvorstandes der VVN-BdA Chemnitz und Organisator des Sachsenburg-Gedenkens 2009, dankte für den nun von dem Bürgermeister von Frankenberg, Thomas Firmenich, bekundeten Willen der Stadt, sich verstärkt bei der Pflege und Erhaltung der Sachsenburg-Gedenkstätte einzubringen. **P. J.**



Bei Rundgängen über das Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg und der Besichtigung einer Ausstellung mit vielen Dokumenten, konnten die Teilnehmer von Klaus Bellmann (rechts im Bild), dessen Vater, Großvater und Onkel im KZ gefangen gehalten waren, wertvolle Informationen erhalten.
Foto: P. Jattke

Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg gegründet

Bildungsarbeit und Pflege der Erinnerung im Mittelpunkt



Mit dem Buch »SACHSENBURG DOKUMENTE + ERINNERUNGEN« wurde, wie Kulturbürgermeisterin Heidemarie Lüth (Mitte) bei der Präsentation und Übergabe durch die Herausgeber im Chemnitzer Rathaus hervorhob, der Öffentlichkeit der ganzen Region eine Publikation von besonderer zeitgeschichtlicher Bedeutung vorgelegt. Bei der Buchpräsentation: u. a. 1. v. l. der Landrat Volker Uhlig. 2. v. l.: VVN-BdA-Stadtvorsitzender Enrico Hilbert, 1. v. r.. Zeitzeuge Justin Sonder. Foto: Hendrik Jattke



Sachsenburg – Dokumente + Erinnerungen. Neuauflage, 268 Seiten, Broschur, 7,95 Euro + Versandkosten. ISBN 978-3-00-027823-5. Zu beziehen über E-Mail info@vvn-bda-chemnitz.de oder schriftlich beim VVN-BdA-Stadtvorstand Rosenstraße 4, 09126 Chemnitz

Überlebende des Konzentrationslagers Sachsenburg, deren Angehörige, Zeitzeugen und jüngere Antifaschisten haben am 12. Juni 2009 in Chemnitz eine »Lager-Arbeits-Gemeinschaft Sachsenburg« (LAG) gegründet.

Zu den Aufgaben und Zielen der parteiunabhängigen und die Konfessionen übergreifenden LAG gehören die Bewahrung der Erinnerungen, Biographien und Sachzeugnisse der Häftlinge und die Schaffung eines dauerhaften Ortes des Erinnerns, die Erforschung der Geschichte des Lagers ebenso wie eine wirkungsvolle Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

In einem an erster Stelle von den ehemaligen Häftlingen des KZ Sachsenburg Karl Stenzel und Otto Schubrig unterzeichneten Gründungsdokumente stellen die Unterzeichner u.a. fest: Wir wagen, trotz unseres hohen Alters, die Gründung einer Lagerarbeitsgemeinschaft der Häftlinge eines ehemaligen deutschen Konzentrationslagers. Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft geben uns dabei die Hinterbliebenen unserer Kameraden, die Freunde und jungen Antifaschisten, die diese Gründungserklärung gemeinsam mit uns unterzeichnen und mit Leben erfüllen, die unser Vermächtnis wachsam bewahren und die Verantwortung für die Zukunft übernehmen werden.

Enrico Hilbert, der Vorsitzende des VVN-BdA-Stadtvorstand Chemnitz, betonte, dass die Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg auch im Sinne einer Erklärung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1993 wirken will, in der es heißt, dass den Millionen von Toten aller NS-Konzentrationslager der Respekt der heutigen und künftigen Generationen gebührt, und dass die Erziehung unserer Jugend der Bedeutung ihrer Opfer für die Sache der Freiheit, der Menschenrechte und des Friedens Rechnung tragen muss.

Und auch an die Adresse des Freistaates gerichtet wurde weiter aus der EU-Entschließung zitiert, dass die Stätten der NS-Konzentrationslager nicht nur erhalten werden, sondern dass die Besucher auch über die unterschiedliche Herkunft der darin festgehaltenen Menschen sowie die Ursachen ihrer Verschleppung informiert werden müssen.

Der LAG-Gründungsversammlung wurde eine Liste der bisher namentlich bekannten Sachsenburg-Häftlinge vorgelegt. Die Liste soll nun mit Hilfe von Angehörigen und Gemeinschaftsmitgliedern vervollständigt werden.

Paul Jattke, Chemnitz